

Kampfbanner

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Preispreis ist monatlich 30,- M. Durch die Post monatlich 30,- M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Verlagsbuchh. 14, Jena 1047 u. 2251. Geöffnet 7-5 Uhr. Schriftleitung: Jena 1045. Erscheinung 12-1 u. 4-5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt: 300 M. für den Millimeter Höhe und Breite; 700 M. für die Zeile, einschließlich an den Freitagsausgaben. Einzelne Anzeigen bis zum 15. 9 Uhr werden, größere tags vorher. — (Halle) Leipzig 1063 45, Jena 1045, Halle

Einzelpreis 2 Mark

Sonnabend, den 1. Juli 1922

2. Jahrgang, Nr. 151

Aufruf an das republikanische Volk!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien haben gemeinsame Forderungen für ein Gesetz zum Schutze der deutschen Republik und für politische Amnestie aufgestellt. Die Forderungen sind befruchtet auf das Maß, das zur Sicherung der republikanischen Staatseinrichtungen, zum Schutze der Grundrechte des Volkes und der restlosen Niederschlagung der monarchistischen und nationalistischen Wollsgenue unbedingt notwendig ist. Die Massen des Volkes haben am letzten Dienstag ihren Willen bekundet, in dem zur Erreichung dieses Zieles erforderlichen Kampfe ihre ganzen Kräfte einzusetzen. Auch die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien sind entschlossen, vor keinem Widerstand zurückzugeben. Sie wissen, was sie angeht, die herrschende Gefahr der Arbeiterklasse ist. Das Reichsteil soll gelassen, um die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen.

Zu diesem Zwecke rufen wir das gesamte arbeitende Volk und alle republikanischen und entschlossenen Republikaner im ganzen Reiche hiermit auf,

am Dienstag, den 4. Juli,

wiederum die Arbeit am Nachmittag ruhen zu lassen und in geschlossenen Massen auf Straßen und Plätzen für unsere Forderungen zu demonstrieren.

Die öffentlichen Vertretungen der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien haben gemeinsam die nötigen Maßnahmen zur Durchführung dieser Widerstands Kundgebung des Volkswillens zu treffen. Sie sind, um durch eine weitgehende Einheitlichkeit den Eindruck zu verschärfen, die folgenden Richtlinien zu beachten:

Die Arbeitseinstellung tritt überall mit dem Schluß der Vormittagsarbeit, spätestens um 1 Uhr ein. Die Belegschaften der Betriebe gehen in geschlossenen Zuge nach den Demonstrationen. Um 3 Uhr beginnen hier die Ansprachen der örtlich zu bestimmenden Redner. Sie haben die von uns aufgestellten Forderungen an die Regierung und an den Reichstag zu verlesen, eine Abstimmung der Demonstranten über diese Forderungen herbeizuführen.

Unsere Forderungen sind deshalb örtlich vorher in Massenaufgabe drucken zu lassen und bei der Demonstration an jedermann zu verteilen. Ihr Inhalt muß in die weitestgehende Kreise des Volkes getragen werden.

Nach erfolgter Abstimmung sind die Demonstranten, je nach den örtlichen Verhältnissen und Möglichkeiten, in Marschzügen zu formieren, um an die öffentlichen Versammlungen freigelegte Plätze zu versammeln und die Demonstration zu lassen. Die Ordnung der Straßenzüge unterliegt den verantwortlichen örtlichen Leitungen. Durch Aufstellung zu verlässlichen Ordnern in ausreichender Zahl ist die Garantie dafür zu schaffen, daß keine schädlichen Störungen der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs eintreten.

Die Stilllegung der Straßenbahnbetriebe ist auf die Zeit von 1 bis 5 Uhr, die der Eisenbahnen einschließlich Hochbahnen auf die Zeit von 3 bis 3 1/2 Uhr zu beschränken.

In allen Städten sind die zur Wiederaufnahme der Betriebe und in öffentlichen Interesse erforderlichen Notarbeiten auch während der Arbeitsruhe zu verrichten.

Um 6 Uhr abends findet die gemeinsame Demonstration ihre Ende. Die Demonstrationen sind spätestens um 8 Uhr aufzulösen. In Gasthausbetrieben ist um diese Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen, in Betrieben mit regelmäßiger Nachtschicht zur üblichen Zeit.

Republikaner! Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Wir vertrauen darauf, daß Ihr nicht nur in verstärkter Schere an dieser wiederholten Kundgebung teilnehmen, sondern durch ernstes und würdevolles Auftreten auch ihren Erfolg sichern werden.

Sollte auch diese neue Demonstration des Volkswillens nicht zum schnellen Ziele führen, so werden wir weitere Maßnahmen folgen lassen.

Berlin, 30. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

Seppert, Großmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:

Muffhäuser, Stehr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Wels, Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Erzinger, Wittmann, Ledebour.

Kommunistische Partei Deutschlands:

Neuger, Keener.

Es muß durchgegriffen werden!

Wann werden Hindenburg, Ludendorff, Helfferich und Konjorten verhaftet? Arbeiter und Arbeiterinnen!

Eine volle Woche ist seit dem Morde Rathenau verlossen. Außer der Ausnahmeordnung Eberis, der Verhaftung eines Täters und einiger seiner Komplizen ist nichts geschehen. Die wahren Urheber der monarchistischen Verführung, die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse, sind noch alle frei. Was ist mit Ludendorff, was ist mit Hindenburg, mit Helfferich, mit Eberich, mit Kahr? Die Regierung wagt nicht, Hand zu legen an die wahren Verbrecher, an die Führer und Organisatoren der Widerstandsbewegung.

Sie müssen sofort verhaftet werden.

Wo bleibt die Amnestie?

Die gesamte Arbeiterschaft fordert sie.

Dreimal hat Minister Kahrbruch sie versprochen. Die gesamte Arbeiterschaft fordert sie. Aber unter der Weichen Klassenjustiz verurteilten Brüder schmachten immer noch hinter Justizhausmauern und Gefängnisgittern! Im Berliner Polizeipräsidium werden Kommunisten von Polizeibeamten gefoltert.

Wo bleibt die Freilassung von War 507?

In den Weichen, in der Reichswehr, in der Schupo, in den Gerichten, in den Schulen, überall liegen die Reaktionäre noch in der alten Stellung! Noch sind die Geheimverbände nicht aus dem Lande, ihre Mitglieder zur Verantwortung gezogen. Mit größter Freiheit hat man sofort versucht, wie einst nach dem Erhebungsmorde die Ausnahmeordnung Eberis gegen revolutionäre Arbeiter anzuwenden. In Darmstadt und in Hamburg hat man auf demonstrierende Arbeiter geschossen. Alle Führer und aktiven Mitglieder der Geheimverbände müssen beseitigt werden.

Proletariat! Der ADGB und die sozialistischen Parteien zusammen mit der Kommunistischen Partei rufen Euch auf zu erneuten Demonstrationen. Noch einmal gilt es, die Kampfbereitschaft der arbeitenden Massen zu beweisen, noch einmal unsere gewaltige geschlossene Macht der herrschenden Klasse und den schwindenden Kleinbürgern vor Augen zu führen. Die Demonstrationen zum kommenden Dienstag müssen noch geschlossener, noch massiver sein als die in der letzten Woche.

Aber Demonstrationen genügen nicht! Die Stunde gebietet Handeln!

Achtung!

Auf Grund nebenstehenden Aufrufes unserer Zentralinstanzen ersucht die Bezirksorganisation für den Bezirk Merseburg die Aufzählung, daß in allen Orten, vor allem in Orten mit Gewerkschaftsarbeit, sofort gemeinsam mit den Arbeiterparteien diese Demonstrationen durchzuführen sind.

Die Parteien, die Ortsauslässe und die Ortsstellen des ADGB und Verbände regeln die Rednerfrage.

Die Funktionäre der Parteien und Gewerkschaften haben sich sofort als Ordner zur Verfügung zu stellen und sich dementsprechend fähig zu machen.

Das Bezirksrat des ADGB.

Berling.

Bezirksrat des ADGB.

Wiegand.

Bezirksleitung der SPD: Sahje, Wozemann.

Bezirksleitung der USPD: Peters.

Bezirksleitung der SPD: Petersdorf.

Neue Verhaftungen zum Rathenau-Mord

Die Weicher des Mörderautes

Dresden, 1. Juli. Bekanntlich ist als Verführer des Autos, dessen sich die Mörder Rathenau bedienten, ein Fabrikant Kühnemüller in Freiberg i. Sa. ermittelt worden. Wie jetzt mitgeteilt wird, kommen zwei Brüder Kühnemüller, die Söhne eines in Freiberg ansässigen Fabrikanten, in Frage, die ebenfalls Fabrikanten sind. Der eine von ihnen ist nach Trolz geflohen, man nimmt an, daß es sich um K. Licht handelt. Der andere wurde in Haft genommen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Daß das Auto geflohen worden ist, muß bemerkt werden, da bei der Freiburger Polizei keine Verhaftung einging. Es bleibt natürlich noch festzustellen, ob oder inwieweit die Leben von dem verdächtigen Zweck genutzt haben. Der Vater Kühnemüller, der in die Sache nicht verwickelt ist, gehört der Deutschen Arbeiterpartei an. Seine Schwägerin, wie man in Freiberg berichtet, politisch weiter registriert.

Verhaftung in Hamburg

Hamburg, 1. Juli. Die ganze Hamburger Polizei arbeitet feberhaft, um die Mordverführung, der Dr. Max Warburg zum Opfer fallen sollte, restlos aufzuklären. Ein Sohn des defunktionalen Bürgermeisters Jakobson, einer der Hauptmorte

Der Reichstag zaudert. Die Gesetzentwürfe der Regierung über Amnestie und Schutze der Republik sind noch nicht eingebracht. Anstatt eines Gesetzes gegen die Reaktion ist ein Gesetz angenommen, das dem arbeitenden Volke kein Brot um das Doppelte wertet.

Dieser Reichstag, diese Regierung werden die Grundrechte der Arbeiterklasse nicht sicherstellen.

So darf es nicht weitergehen!

In Helsen, in Bamberg, in Halle, in Gotha haben die proletarischen Organisationen bereits Kontrollorgane geschaffen, um die Befähigung der Reaktion aus eigener Kraft vorwärtszutreiben. In Sachsen werden auf jede Hundertstätt Schupo 200 organisierte Arbeiter bewacht. In einzelnen Orten hat die Arbeiterklasse die Befähigung reaktionärer Beamten und Offiziere selbst in die Hand genommen.

Arbeiter, Genossen! Der Weg ist klar! Die proletarischen Organisationen, die dies Berliner Abkommen unterzeichneten, haben die Pflicht, seine Durchführung zu erzwingen.

Proletariat! Denkt an das Berliner Abkommen! Denkt an die Bestrebungen nach der Erneuerung Eberichs! Eure Forderungen sind bereits auf dem Papier geschrieben, die Forderungen der Regierung werden gebrochen.

Diesmal muß durchgegriffen werden!

Heraus mit den Opfern der Weichen Justiz im Reiche und in Bayern!

Sofortige Verhaftung der monarchistischen Führer, der Ludendorff, Hindenburg, Helfferich, Eberich und Kahr!

Sofortige Freilassung der Angehörigen und monarchistischen Staatsanwälte, die Eure Brüder ins Justizhaus wackern und monarchistische Mörder freisprechen!

Sofortige Unterdrückung aller reaktionären Verbände und Zeitungen!

Dies sind die ersten Schritte zur Verwirklichung des Berliner Abkommens.

Proletariat, heraus, auf die Straßen. Nur durch Eure Kraft kann die Reaktion gebrochen werden.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands. (Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Der Deutsch-Böhmische Schutz- und Trugbund liefert die Mordwaffe!

Berlin, 1. Juli. Amlich. Außer nach anderen deutschen Städten haben die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei auch nach Schwerin geführt. Dort sind durch Berliner Beamte der Sekretär des deutsch-böhmischen Schutz- und Trugbundes vom Bezirk Mecklenburg, Erich Bode, sowie der ebenfalls im Sekretariat des deutsch-böhmischen Schutz- und Trugbundes angelegte Christian Jillemann, ein früherer Seeleutnant, festgenommen worden. Bode und Jillemann wurden am Tage vor der Morde von den Mördern, die zu einer angeblichen Probefahrt von Berlin nach Schwerin gefahren waren, beauftragt. Bei diesem „Schutz“ hat Jillemann den Mördern die Waffensysteme übergeben, die am Tage darauf zur Ermordung des Ministers Rathenau benutzt wurde.

Monarchistische Demonstrationen in München

M. München, 30. Juni.

Am 28. Juni fand hier eine große Demonstration des Bundes „Oberland“ statt. Die Mitglieder dieser Organisation riefen zu der Kundgebung bewaffnet mit Mauerkräften und Gummihäutchen aus. Zum Schutze der Demonstranten war ein starkes Aufgebot Blauer und grüner Polizei zur Stelle. Die Arbeiter, die sich zu einer Kundgebung zusammenschließen wollten, wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Nach Mitteilung der Münchener „Sozialistischen Blätter“ hat am letzten Sonntag im Hofgarten in München ein Gartenkonzert stattgefunden, bei dem ein Hoch auf den Kronprinzen Rupprecht ausgetragen wurde.

In Bayern geht also der monarchistische Sturm trotz aller „Schutzbestimmungen“ ruhig weiter. In Bayern dürfen die Monarchisten ungehindert, ja unter dem besonderen Schutze der Polizei ihr Unwesen treiben. Die Arbeiterseite aber, die es ernst meint mit dem Kampf gegen die Reaktion, wird von der Polizei mit roher Gewalt auseinandergetrieben.

Die Reichsregierung denkt gar nicht daran, ihren eigenen Schutzbestimmungen den nötigen Nachdruck zu verleihen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Sie kapituliert vor vornherein vor den barbarischen Monarchisten.

So wird die Arbeiterseite von Regier-Bayern verhöhnt und von der Reichsregierung geschnitten. Wie lange wird sie sich das noch gefallen lassen?

Der Kongress der Verwirrung und Hilflosigkeit

Zum Leipziger Kongress des ICDG

Nach drei Jahren der Arbeitsgemeinschaftspolitik, der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, ist der Deutsche Allgemeine Gewerkschaftsbund in eine Sackgasse geraten. Wie die Entschiedenheit der kommunistischen Fraktion zum Bericht des Bundesvorstandes ausweist, hat sich die Lage der deutschen Arbeiterklasse in diesem Zeitraum sowohl wirtschaftlich als politisch ständig verschlechtert, während die vom ICDG verfolgte Wirtschaftspolitik sich in denselben Perioden fast verdoppelt. Dieser Widerspruch führt sich, wenn selbstverständlich auch nicht reflexlos, so jedenfalls zum Teil, durch die allgemeine Einstellung der Bundesleitung, die, um wieder mit den Worten unserer Fraktion zu sprechen, „sich grundlegend auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, des Wiederaufbaus des Kapitalismus, des kapitalistisch-demokratischen Vaterlandes stellt.“ Über dieser Widerspruch steht auf der anderen Seite solche „gefährlichen“ (für die Bourgeoisie) Folgen, wie die mit Recht vom Parteiarbeitsminister Brauns in seiner Begrüßung an den Kongress erwähnten, die Tatsache an Autorität der Führung, die Mithrasen an der Führung, aber wenigstens Zweifel, ob sie imstande ist, den gewerkschaftsorganisatorischen Arbeitern den richtigen Weg zur Befreiung ihrer Lage in der kapitalistischen Ordnung, geschweide denn zu ihrer endgültigen Befreiung vom kapitalistischen Joch zu weisen. Daher die Verwirrung und Hilflosigkeit, die den 1. Kongress der deutschen Gewerkschaften, den ersten Akt der Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, kennzeichnen. Dabei seien widersprüchliche Entschlüsse: einmal zugunsten der Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland, die ein Schrei der Revolte gegen den Kapitalismus und ein Aufruf zum Kampf gegen die arbeitverherrlichenden Politik der Sozialdemokratie, Bauer und Leitzner ist, dann sofort daraufhin die Entschlüsse zugunsten der russischen Sozialrevolutionäre, die eine verheerende Parteiachse für die bürgerliche Konterrevolution, gegen die proletarische Revolution bedeutet; zunächst der Beschluss über den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft, dann am nächsten Tage die Annahme der Entschlüsse, die die Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften prinzipiell gubst; einerseits Ablehnung der Anträge, die fordern, daß die Gewerkschaften sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Ablehnung der Schlichtungsordnung einsetzen, andererseits Annahme einer fast abschließenden Entschlüsse zur Frage der 10 Forderungen. Und während die Zweidrittelmehrheit des Kongresses, zusammengesetzt aus den SPD-Deputierten, ihrer alten Bundesleitung das Vertrauensvotum votierte, bedeutete der Beschluss des Kongresses, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten, geht mit einer Mehrheit von 18 Delegierten, ein ausgeprägtes Mithrasvotum gegen die Führung, die aus der Arbeitsgemeinschaftspolitik des A und O ihrer Politik überhaupt gemacht hatte.

Gehen wir im einzelnen auf den Kongress ein, so sehen wir folgendes:

Schon die Zusammenfassung des Kongresses zeigte, daß die geprügte gewerkschaftliche „Einheit“ — die angeblich nichts von Parteien wissen wollen — zur Vergangenheit gehört. Vor dem Drang und Sturm der Revolution konnte dieser „Blod aus Granit“, der tatsächlich auf den Abteil der reformistischen Verschommenheit über direkt Gewerkschaften „aufgesetzt“ ist, nicht standhalten. In München gehörten zwei Fünftel der Delegierten der „Einheit“ an. Aber diese Opposition war mehr „unabhängig-sozialistisch“ als „unabhängig“, h. h. bestand aus wankenden Gestalten, die nie recht wissen, auf welche Seite sie fallen. In Leipzig machte die Opposition nur kaum ein Drittel aus (192 von 692); dagegen hat die kommunistische Fraktion — trotz allen Betreibungen und Vergewaltigungen! — es auf 90 Delegierte gebracht, während die Unabhängigen um Dürman und Simon herum 122 Genossen zählten. Unter dem Druck der prinzipiellsten und von klaren revolutionären Klassenbewußtsein erfüllten kommunistischen Fraktion hielten auch die Unabhängigen im großen ganzen ziemlich folgerichtig eine oppositionelle Linie ein. Und noch wichtiger ist, hielt auch der „Granitblock“ der SPD-Deputierten, unter dem Vorherrschaft der Kritik der Opposition, nicht mehr Stand. Trotz heftigsten Winkens der Leitzner und Knapf, „sich uns nicht im Stich“, ließ sie ein Teil ihrer eigenen Parteigenossen bei wichtigen Abstimmungen im Stich. Und so war es nur möglich, daß die schon oben erwähnten Entschlüsse angenommen wurden, die, wie gesagt, zum Teil einen Fortschritt ins Gesicht ihrer Bundesleitung bedeuteten.

Wir wissen, daß es viele auch aufrichtig mit der Bewegung meinende Genossen gibt, die viele von uns geschilderte Entwicklung als eine bedauerliche „Zerlegung“ der Bewegung zu betrachten geneigt sind. Sie verzeihen, daß die Revolutionierung der Gewerkschaften, die unser vornehmstes Ziel und die notwendige Voraussetzung der sozialen Revolution ist, kein gradliniger und schmerzloser Prozess ist. Das Gegenteil trifft zu. Diese die „Zerlegung“ der einheitlichen gewerkschaftlichen Bewegung in parteipolitischen Richtungen und Strömungen ist dieser langwierige und schmerzliche Prozess kaum denkbar. Erst am Anfang dieses Prozesses steht wieder die ideologische und parteipolitische Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung, die freilich im Zeichen der sozialen Revolution und der sozialistischen Ordnung steht! Daher, wenn es für einen Knapf noch fraglich ist, ob der Leipziger Gewerkschaftskongress ein Marschlein in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein wird, für uns unterliegt die Frage keinem Zweifel!

Nun weiter zu den wichtigsten Entschlüssen des Kongresses. In den Entschlüssen bez. die zehn Forderungen und die Freilassung der politischen Gefangenen hat der Kongress, zu der ersten Frage einmütig, zu der zweiten gegen eine Minderheit, in deren Namen Leitzner erklärte, nur wegen des Vorfalls der Verhaftung gegen diese fünf Namen zu müssen, die Forderungen der Gewerkschaften hat der Kongress keine Befreiung der politischen Gefangenen nicht immer nur in den Dienst der bürgerlichen Erklärungsfrist, sondern von Zeit zu Zeit auch in den Dienst der proletarischen Sache zu stellen. In der Entschlüsse über die Industriearbeitsorganisation, durch die Annahme der Resolution Dikmann und Ablehnung des ersten Teils des Antrags Larnow und des Bundesvorstandes, hat die Mehrheit des Kongresses wiederum ganz unweidig befunden, daß sie die Politik der Ausübung der zünftlichen Bourgeoisie, des Dünkels und der Geschäftsinteressen hat. Freilich hat er sich dazu nicht aufgeschlossen, um von platonischen (nach Larnows Charakteristik) oder prinzipiellen Erklärungen für die Industriearbeitsorganisation zu der Tat in dieser Frage, die die kommunistische Fraktion dem Kongress vorlegen überzugehen. Noch wichtiger waren die Beschlüsse des Kongresses zu der Frage der Leitzners Politik, die das vom Bundesvorstand vorgeschlagene Streikreglement, das darauf beruht hat, die Unterbindung der Klassenkämpfe durch Mittel des Staatszwangs

(Schlichtungsordnung) durch den Gewerkschaftszwang zu ersetzen. Durch die Zurückweisung der Streikregeln an den Bundesvorstand und die Ablehnung eines Zulassungsantrages zu der Entschlüsse über die Leitzners Politik, der auf das Streikreglement Bezug nehmen sollte, hat der Kongress Kipp und Fall befunden, daß er nicht gewillt ist, die Klasseninteressen des Proletariats immer und immer wieder der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik Leitzners und Genossen zu opfern.

Das ist im großen Ganzen der Inhalt des Leipziger Kongresses, wobei wir noch jene 192 weichen Zettel erwähnen müssen, die bei der Wahl des Bundesvorstandes von 652 Stimmen abgelesen wurden. Auf der anderen Seite liegen aber, wie oben gesagt, das mit Zweidrittelmehrheit angenommene Vertrauensvotum für den Bundesvorstand, die Entschlüsse über die Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftspolitik, die dem Ratum über den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft launhaft zuwiderläuft, die auf eine demütige Zurechtweisung der Arbeiterinnen über die nationalsozialistische Politik der Bundesleitung berechnete Entschlüsse zum Weltfriedenskongress, die Resolution über die russischen Sozialrevolutionäre, die direkt antirevolutionäre Entschlüsse zu Betriebsratsfragen, die Ablehnung eines tatsächlichen Sichnehmens gegen die Schlichtungsordnung, die beschämte Resolution zu der Ernennung Rathenows, die von der Bundesleitung der einen frischen revolutionären Geist atmenden Entschlüsse Walfers entgegen gestellt wurde. Das Gündertagebuch ist lang genug, wenn es auch noch nicht vollständig ist.

Suchen wir das Fazit zu ziehen, so müssen wir feststellen: Wenn auch der Leipziger Gewerkschaftskongress ein Kongress der Verwirrung und Hilflosigkeit war, so fand dennoch die Jahre seit Nürnberg nicht unruhig im Land gegangen. Ein Schritt in der Richtung der Revolutionierung der Gewerkschaften — in zunächst ein großer Schritt — ist gemacht worden. Der Leipziger Gewerkschaftskongress wird ein Marschlein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bleiben! Und wenn Knapf in seiner Schlussrede — nach einer völlig verkehrten Gegenüberstellung der revolutionären und der Gewerkschaftsbewegung — die Hoffnung und den Wunsch ausspricht, daß bald die Stunde schlagen möge, wo auch die Russen zu den deutschen Klassen Genossen mit brüderlich ausgebreiteter Hand kommen, so können wir ihm und seinen Genossengenießen nur verüßeln.

Sie werden kommen, sobald die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich endgültig vom Reformismus abwenden und auf den Boden der sozialen Revolution stellen wird!

Einladung zum 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale wird am 7. November 1922, dem 5. Jahrestag der russischen Revolution, in Moskau stattfinden.

Die Tagesordnung des 4. Kongresses lautet wie folgt:

1. Bericht der Exekutive der Komintern.
2. Taktik der Komintern.
3. Programm der Komintern und ihrer wichtigsten Sektionen. (Russische, Deutsche, Belgische, Niederländische, französische, nordamerikanische, norwegische und bulgarische Partei).
4. Agrarfragen.
5. Gewerkschaftsfragen.
6. Erziehungsarbeit.
7. Jugendinternationale.
8. Disziplinenfragen.

Die kommunistischen Parteien folgender Länder werden ersucht, ihre Vertreter für den 7. November nach Moskau zu entsenden: Albanien, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Südamerika, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Argentinien, Armenien, Aserbaidschan, Australien, Belgien, Bolivien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Holland, Indien, Irland, Japan, Jugoslawien, Kanada, Korea, Lettland, Litauen, Mexiko, Norwegen, Österreich, Perlen, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Spanien, Tatar-Republik, Türkei, Zypern, Ungarn, Weißrussland, Portugal, Japan, Chile, Uruguay, Brasilien, Kuba.

Die kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Norwegens, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japans werden ersucht, sofort eine Kommission zu bilden, die die Ausarbeitung des Programms der Partei in Angriff nimmt und die durch das Sekretariat der Exekutive in Moskau sofort den Rat der Exekutive und die Parteikommissionen, die die erweiterte Exekutive eingeleitet hat, aufnimmt.

Moskau, Ende Juni 1922.
Mit kommunistischen Gruß
Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale

Der Prozess gegen die SR.

Das Verdict des Tribunals — das Urteil der Arbeiterklasse! Auch die russischen bürgerlichen Verteidiger nehmen Teilhabe. (Sonderbericht der Anprokür.)

In der Abmündung des 22. Juni des SR-Prozesses verließ der Verteidiger Murawjow im Namen einer Gruppe der Verteidiger eine Deklaration, worin die Zulassung einer Delegation von dreihunderttausend demonstrierenden Arbeitern vor Gericht und die Veröffentlichung ihrer Erklärungen als ein Versuch fremder Beeinflussung des Gerichts charakterisiert wird, was das Vertrauen zum Gericht untergraben. Er macht den Vorfall, die Gerichtsentscheidungen zu unterbinden und die Angelegenheit einem Revolutionstribunal in anderer Zusammenfassung zu übergeben. In der Vormittagsung vom 23. Juni erklärt Generalmajor, daß die Angeklagten an der Autorität der Arbeiterdelegationen glauben, daß aber die Stimmung der Arbeiter von der Sowjetpresse beeinflusst wird. Das Gericht beschließt hierauf, die Zulassung von Arbeiterdelegationen zu den Gerichtsungen mit dem Recht, ihre Erklärungen abzugeben, und der Vorfall Murawjows über eine andere Zusammenfassung des Tribunals, wird daher nicht angenommen. Das Tribunal stellt fest, daß der Vorfall in seiner Antwort an die Arbeiterdelegation erklärt habe, daß das Gericht die tatsächliche Schuld der Schuldigen der Angeklagten unterläßt. Das Tribunal macht es sich zur Pflicht, die Interessen der Arbeiterklasse, die in die Gerichtsbarkeit anvertraut zu befinden. Die Abmündung des 23. Juni bringt das Verdict des Angeklagten Timofejew und der Jungen der Verteidigung Mjaskowitsch, eines früheren Mitgliedes des Moskauer Komitees der SR. Es wird festgestellt, daß die Zentrale im April die Wolgareiter vorbereitet. Zeugen werden, daß dazu fremdes und nicht Parteiged gehört wurde. Am Ende der Sitzung befindet sich die Verteidigergruppe unter Führung Murawjows und Logers ihre

Wohne von der zweiten Verteidigung, da sie sich durch den Vormittagsbeschluss öffentlich diskreditieren. Der Staatsanwalt Karpow bezeichnet es als unzulässig, daß die

Verteidiger im Moment, wo die für die Angelegenheit am meisten belastenden Tatsachen untersucht werden, ihrer Pflicht nicht mehr nachkommen wollen. Die Angeklagten erklären, daß sie die Verteidiger von ihrer Verpflichtung befreien.

Moskau, den 24. Juni 1922.
In der Vormittagsung des SR-Prozesses werden die Resolution des 8. Parteitages der SR und auch andere Parteidokumente bekanntgegeben, aus denen zu ersehen ist, daß die Anklagen eines bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetregierung und der Wiederherstellung des Krieges gegen Deutschland an der Seite der Entente seit Frühjahr 1918 von den SR offen propagiert wurden. Gemittelt arbeitet man von der „Anktion für die Wiedergeburt des Vaterlandes“ und dem französischen Konjunkt Grenard. Der ungelagte Timofejew leugnet die französische Gebundenheit und geht nur den „nichtsozialistischen“ Verkehr mit Betreibern Frankreichs, den „Sozialisten“ Dumas und Ehrlich ein.

Beltern lehnte das Oberste Gericht die Eingabe der Verteidiger, sie mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Tage von ihren Pflichten zu befreien, ab; heute bestimpte Karpow wiederum den unmotivierten Rückzug der Rechtsanwaltschaft, welcher unter den jetzigen Umständen ebenfalls als unbedeutender politischer Akt eines Disziplinierung des künftigen Urteils zu betrachten sei. Das Gericht beschließt von jedem Verteidiger eine individuelle Deklaration über die Unmöglichkeit, die Verteidigung fortzusetzen, zu verlangen; ebenso sollen auch die Angeklagten schriftlich erklären, daß sie den betreffenden Verteidiger von seiner Pflicht befreien. Danach erst wird das Gericht seinen Beschlüssen über die persönliche Befreiung einiger Verteidiger fassen können.

Junter gegen Kleinbauern

Bisher haben es die Junter ausgesprochen verstanden, Kleinbauern, Pächter und selbst Landarbeiter an ihren Interessen wagen zu spannen. Man hat es verstanden, in demagogisch-geblähter Weise einen Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Landproletariat zu konstruieren, so konstruieren, daß es immer der Großgrundbesitzer, der in der einseitigen Hilfe Politik für die eigene Klasse trieb, unter Missachtung der Interessen des Kleinbauern und Landarbeiters. Wir brauchen hier nur an das Willkürbegriff zu erinnern, sowie an die Verwertung der Futtermittel durch die großgrundbesitzende Politik, ferner an die frischen Proletarier, die in der Verwertung der Futtermittel unter der Hand der Kleinbauern und Pächter wurden, durch fast ebenso zum Tributpflichtigen für den Großgrundbesitzer wie der städtische Arbeiter. Nun will man anscheinend auch bei der Getreidemlage den Kleinbauern eine Schranke ansetzen. Das Gesetz sieht vor, daß Getreide mit 5 oder 10 Prozent höchstens (abhängig von der Größe des Anbaues) von der Umlage ausbezahlt werden sollen. Diese Bestimmung führt naturgemäß die Kleinbauern mit der Getreidemlage aus. Um so höher wird sie dafür zum Großgrundbesitzer bestimmt. Darum versucht man nun, die erlaubte Bestimmung zu sabotieren. Sie verlangen, daß zunächst kapitalistische Maßregeln ergriffen werden für den Einfluß jener Bestimmung auf die Menge, die ergriffen werden sollte.

Der Zweck des Kampfes gegen die Befreiung der kleinen Betriebe von der Umlage ist ganz klar, entweder soll die Befreiung ganz fallen, damit die Junter den Kleinbauern als Kampfgesellen ganz fallen, oder man will die Umlage überhaupt gewinnen, oder man will die Befreiung durchziehen, die Umlage auf 1/2 Millionen Kronen zu begrenzen. Da der Verbrauch 4/5 Millionen Kronen erfordert, ist diese Umlage nur 2/5 Millionen Kronen, was für den Kleinbauern unzureichend, sie läßt dem ausbeutenden Bürger offenes Tor. Würde die Umlage auf 1/2 Millionen begrenzt, dann wäre von einer Preisentlastung für Arbeiterbetrübler überhaupt nicht mehr die Rede, dann werden wir im nächsten Herbst Weltmarktpreise zahlen. Das heißt, in Deutschland würde ein Brot etwa 60 Pf. kosten. Um dieses Ziel zu erreichen, führen die Junter nun einen Kampf gegen die Kleinbauern und Pächter.

Die Reaktion mordet weiter
Diesmal keinen Minister, aber Landarbeiter. In den Demonstrationen in Mecklenburg nahmen auch Landarbeiter teil. Einige Junter, die mit den Würdigen Rathenows in engster Verbindung standen, haben müssen, warfen ihre Landarbeiter sofort auf Straßenpflaster. Auf der Insel Poel schossen die bewaffneten Robbächer zwischen die demonstrierenden Arbeiter. Die Anzahl der Toten ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Wir sind gespannt auf die Maßnahmen der Regierung. Arbeiter, es liegt an Euch, der Reaktion den Todesstoß zu geben.

Gewerkschaftsbewegung

Das Ergebnis des 11. Gewerkschaftskongresses

Die loeben ersehene Nummer 28 des „Kommunistischen Gewerkschafters“ behandelt eingehend die Fragen, die auf dem Kongress des ICDG zur Debatte standen. Ein Artikel befaßt sich mit dem bevorstehenden Kampf der Textilarbeiter um die Erhaltung der 46-Stundenwoche, von dem nach dem Willen der Unternehmer über 200 000 Männer und Frauen betroffen werden sollen. Die äußerst wichtige Tagung der Konjunktionsgenossen in Eisenach wird in der Beilage „Der Kommunistische Gewerkschaftler“ ausführlich behandelt. Der KW, der diesmal noch 1 Mt. kostet, erscheint, wie bereits gemeldet, in Zukunft regelmäßig alle 4 Tage zum Preise von 2 Mark. — Unsere Genossen in Betrieb und Gewerkschaft müssen mehr als bisher um den Vertrieb des „KW“ besorgt sein.

Konflikt in der Frankfurter Metallindustrie

Frankfurt, 30. Juni. Anlässlich des Streits der Vertretter und Techniker in der Metallindustrie (speziell die größten Betriebe der Arbeiter aus. In diesem Kampf ist es, soweit die Angelegenheiten in Frage kommen, zu einer Einigung gekommen. Die Arbeiterschaft hat aber die brutale Provoaktion des Unternehmers dadurch beantwortet, daß sie ihrerseits die volle Bezahlung für die Ausperrungsfrage und auch sofortige Bezahlung der 46-Stundenwoche, von dem nach dem Willen der Unternehmer über 200 000 Männer und Frauen betroffen werden sollen. Die äußerst wichtige Tagung der Konjunktionsgenossen in Eisenach wird in der Beilage „Der Kommunistische Gewerkschaftler“ ausführlich behandelt. Der KW, der diesmal noch 1 Mt. kostet, erscheint, wie bereits gemeldet, in Zukunft regelmäßig alle 4 Tage zum Preise von 2 Mark. — Unsere Genossen in Betrieb und Gewerkschaft müssen mehr als bisher um den Vertrieb des „KW“ besorgt sein.



Die Mörderorganisationen fordern den Selbstschutz

Eine Versammlung des hallischen Bürgerbundes — Führer des Stahlhelmbundes und des deutschpöblischen Schutzes und Trugbundes wollen den polizeilichen Schutz organisieren — Döhl droht mit dem Verbot der „Halle'schen Zeitung“ und des — „Klassenkampf“

Während die Mörderpresse der Nationalisten trotz der ungeheuerlichen Erregung der gesamten Arbeiterklasse nicht eine Stunde bisher daran gehindert wurde, ihre Hölzerarbeit für die Mörderorganisationen fortzuführen, hat das nationalpöblische Bürgerbündnis sich vor dem tapfersten proletarischen Einzelführer in Schutz und Rettung gebracht. Freig und bewußt hat sich das ganze nationalpöblische Bündnis zurückgezogen und markiert, wie damals in den Novembertagen, daß es von der getrennten Arbeiterschaft mit Skorpionen für die vielen Verbrechen hinausgeschafft würde. In diesen Verbrechen aber wurde kein Haat getrieben. Und als es auch nach dem Mord an Rathenau sah, nachdem die Mörderbühnen, welche in ihrer erbärmlichen Freigheit, vor den Mördern abgeritten war, daß die Regierung ihm nicht sofort auf den Kopf riefte, und daß die Arbeiter nicht sofort spontan aufstanden, um alles niederzubringen, was das Proletariat und mit ihm die Republik bedrohen könnten, so fand es seinen „Mut“ und sein alte Freigheit wieder.

Die Freigheit dieser Kreise ist wirklich beispiellos. Oder gibt es eine noch größere Verhöhnung der Arbeiterklasse, eine noch blutigere Satire auf die Verbindungen der Regierung, als daß die Degeneration, deren Auslösung von der gesamten Arbeiterklasse geleistet und von der schändlichen und thierischen Regierung bereits durchgeführt wird, den polizeilichen Schutz für die Stadt Halle organisiert werden? Jammoh, die Stahlhelmbündler, der deutschpöblische Schutz und Trugbund und andere militärische Verbände und Mörderorganisationen wollen den polizeilichen Schutz der Stadt Halle organisieren.

Das wurde in einer Sitzung des hallischen Bürgerbundes fünf Tage nach dem Mord an Rathenau beschlossen.

Dem hallischen Bürgerbund gehörte der polizeiliche Schutz nicht und darum hatte er am Donnerstagabend eine Versammlung nach dem evangelischen Vereinshaus einberufen, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Sie ist schon an und für sich eine Mißachtung des Willens der gesamten Arbeiterschaft durch die Behörden, die eine wertvolle Versammlung gestiftet, so ist es doch eine ungemein freche Provokation, daß sich jene Kreise mit der Frage des polizeilichen Schutzes beschäftigen. Was will und was ist überhaupt der hallische Bürgerbund? Diese Fragen werden am besten beantwortet, wenn mit einigen Ausführungen der einzelnen Redner aus den bürgerlichen Kreisen hier anführen. Es sprachen in der Versammlung: das Mitglied der deutschnationalen Mörderpartei Justizrat Peters, der verkündete, daß der bewußte Mord gewalttätig durch die Straßen tobte und friedliche Bürger drangalierte (nach der Saale-Zeitung);

der deutschnationalistische Landtagsabgeordnete Heydenreich, der den „politischen Kindern das politische Wahlrecht nehmen will“ (Saale-Zeitung);

der deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete Leopold, der die Regierung für die Unruhen verantwortlich machte, weil „sie selbst die Beschuldigungen gegen die rechtsfählichen Kreise ausgesprochen hat“ (Saale-Zeitung);

der deutschnationalistische Reichsanwalt Dr. Hirsch (siehe getriggen Artikel auf der ersten Hauptseite), der „von den Bürgern mehr Söldnerarbeit zu leisten“ forderte (Saale-Zeitung);

der Führer des deutschpöblischen Schutzes und Trugbundes, der „Hegemann“ Dr. Büchel, der die „Schlichte des Bürgerbundes“ forderte und der Nachweis auf Grund der Strafverurteilungen erbracht, daß Döhl sich durch sein Verhalten am Dienstag in Gefahr gebracht habe, wegen Verletzung der Amtspflicht fünf Jahre ins Zuchthaus gesperrt (11) zu werden (Saale-Zeitung) und darum seine „fortwährende Entfernung aus dem Amte und seine Fortsetzung“ forderte (Saale-Zeitung);

der militärische Leiter der Stahlhelmbundorganisation, Hauptmann Werner, der voraussetzte, daß „wir zweifellos blutigen Ereignissen entgegengehen“ (Saale-Zeitung);

Stahlhelmbundmitglieder, die in besonderer Stärke erschienen waren (Saale-Zeitung), forderten die Gründung eines Selbstschutzes (Saale-Zeitung);

weiter widersetzten eine größere Anzahl Werner die Forderung, daß die Polizei bei Zusammenrottungen und Ausschreitungen zunächst sofort vorgehen müsse“ (Saale-Zeitung).

Was diesem morbidsten und blutigsten Kreise steht sich der hallische Bürgerbund annehmen. Und in dieser Versammlung erklärte Herr Döhl, um sich von den Mitgliedern des Stahlhelmbundes, des deutschpöblischen Schutzes und Trugbundes, der deutschnationalen und völspartheilichen Mörderpartei usw. so anpöblen zu lassen, daß er, nachdem er erklärt hatte, daß die „Halle'sche Zeitung“ einmündlich verboten werde, und daß der „Klassenkampf“, es ablehnte, weiterzudrucken und den Saal verließ.

Arbeitsruhe am Dienstag Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Unterzeichneten fordern die werktätige Bevölkerung auf, sich am Dienstag, dem 4. Juli an der Demonstration

zu beteiligen. In allen Betrieben müssen sofort Vorbereitungen getroffen werden, daß die Arbeit am Dienstag um 1 Uhr mittags bis auf die Notstandsarbeiten eingestellt werden kann. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten begeben sich dann nach 1 Uhr in geschlossenen Zügen von Betrieben aus direkt nach dem Hofplatz, wo die Demonstration ihren Anfang nimmt.

Bei der Demonstration haben sämtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre als Ordner mitzumachen. Sie finden sich zwecks Entgegennahme von näheren Anweisungen bis 1 1/2 Uhr am Hofplatz am dem Hofplatz ein. Jeder Funktionär hat sich durch einen Ausweis als solcher zu legitimieren.

- Ortsverein der SPD: Robert Heine.
- Ortsverein der USPD: Karl Heiwand.
- Ortsverein der KPD: Willi Sahl.
- Gewerkschaftsartikel: Halle: Oscar Fiedler.
- Ortsartikel der IFA: Alfred Deininger.

Wir müssen uns an den Kopf fassen und fragen, was hat den Volksdirektor Döhl wohl veranlaßt, in die Versammlung eines Vereines zu gehen, der sich zum größten Teil zusammensetzt aus jenen Organisationen, die auch heute noch den organisierten Mord vorbereiten? Während in Sachsen und Thüringen diese Organisationen bereits verboten und aufgelöst sind, dürfen sie in Halle den polizeilichen Schutz mit den Behörden organisieren. Anstatt dieses Verbotens mit Feuer und Fäustern auseinanderzusetzen und die Führer zu verhaften, anstatt die Deputation des Bürgerbundes hinauszuweisen und mit dem Attentatsauschuß, dem Vertreter aller drei Parteien anzugehen, in die Maßnahmen zu beraten, die notwendig sind, um den konterrevolutionären Mordbanden und den monarchistischen Verbänden ein für allemal das Handwerk zu legen, geben sich in Halle die verantwortlichen Behörden her, mit diesen Organisationen, Verbot nach Verbot an dem Proletariat und an der Republik zu üben.

Die Arbeiterklasse hat die Auffassung all dieser konterrevolutionären Organisationen geübt und hinter diese Forderung den entschlossenen Kampfeswillen gestellt. Die gesamte Arbeiterschaft steht bereit, für ihre Forderungen zu kämpfen. Sie wird nicht dulden, daß die Wünsche der Mörderorganisationen noch länger mit Duldung der Behörden erfüllt werden kann, sie wird nicht dulden, daß die nationalpöblische Mörderpresse noch weiter erscheint, die täglich die Arbeiterschaft in der gemeinen Weise anpöblt und provoziert. Wir erheben noch einmal in letzter Stunde unsere warnende Stimme als Sprecher der Arbeiterklasse und fordern das fortwährende Verbot der deutschpöblischen „Halle'schen Zeitung“ sowohl wie auch der völspartheilichen „Allgemeinen Zeitung“. Wir fordern nicht nur das Verbot dieser monarchistischen Schmutzblätter, sondern

deren Redaktion muß auf der Stelle eingesperrt werden. Wir fordern nicht nur das sofortige Verbot und die Auflösung der verschiedenen militärischen Organisationen, wie Stahlhelm, Verband nationalpöblischer Soldaten, Jungbo, deutschpöblischer Schutz und Trugbund usw., sondern die sofortige Entfernung derjenigen Spione, die bis zum Mord an Rathenau zu diesen Organisationen in Verbindung standen. Herr Döhl hat sich sofort mit dem Attentatsauschuß in Verbindung zu setzen, um die notwendigen Maßnahmen zur Durchföhrung dieser Forderungen vorzunehmen. Wird er oder eine andere Behörde Schwierigkeiten machen, so wird die Arbeiterschaft diese Forderungen erzwingen.

Deutschnationale Eisenströmigkeit

Nach den Enthüllungen durch die Verhaftung der Rathenau-Mörder, durch die bemittelt ist, daß die Deutschnationale Volkspartei die Rolle einer Mörderkammer spielt, war zunächst dem monarchistischen Pressepöbel und seinen kapitalistischen Anhängern der Atem genommen. Bald aber hat er wieder Luft bekommen. Mit frecher Eisenströmigkeit hebt das Geinbel wieder das Haupt. Sie gehen zum Angriff über und sprechen sogar schon wieder nach dem Staatsanwalt! Die „Halle'sche Zeitung“ verlangt geltend das Einschreiten des Staatsanwalts gegen die losstaltliche Anträge einer generalisierenden Entfernung eines Abgeordneten aus einer gesetzgebenden Versammlung“ dar. Ausgerechnet die Mörderbühnen berufen sich auf einmal auf die Gesetzlichkeit! Wir fragen dazu: Wenn die Mörderbühnen, die Mörderbühnen und ihre Geldgeber alle nach den Verbindungen der Reichsregierung vom Staatsgerichtshof mit den Strafen, so wie sie die ergänzende Verhandlung des Reichspräsidenten vorliegt, belegt sind, dann wollen wir gern dem Staatsanwalt das Recht einräumen, das „Verbrechen“ nach § 105 zu verurteilen und die Aufhebung der Immunität zu beantragen.

Alle Hände voll hat die deutschnationale Presse damit zu tun, um die Unzulänglichkeiten der intellektuell Verantwortlichen an der nationalen Mordatmosphäre mit ihren verlogenen Ausreden und Ausflüchten zu Worte kommen zu lassen. Danach ist es alles nur Verleihen, Irrtum und Zufall gemein! Es hegelt nur von „Kritikern“! Nur einige ganz Anschlagliche wollen wir herausheben. Dem Reichstagsabgeordneten General a. D. von Gullwitz, Major a. D. Hennig und Landron, von denen durch die Veröffentlichungen des Fritz Claus festgestellt ist, daß sie flüchtigen Mörderbühnen, Deckung und Unterstützung gewährt haben. Alle müßen sie jetzt zugehen, daß sie dem Claus alias Rathenau mit Geldmitteln unter die Arme gestiftet haben, aber alles nur aus „reinem Mitleid“, ohne einen Funken von Ahnung, daß Claus der Organisation „C“ angehört. Aus „reinem Mitleid“ hat auch Herr Reichsanwalt Dr. Hirsch gehandelt, der uns mit einer langen Verurteilung beglückt. Er behauptet nicht, daß er dem Claus 2000 M. gegeben hat.“ Selbstverständlich hat auch mit dieser Zahlung die Deutschnationale Volkspartei nicht das Gerinige zu tun gehabt.“ Die Mittel zur Verteidigung (der Mörder Mörderbühnen) helfen Strzen zur Verfügung, die mit den unruhen Deuten befreundet und von ihrer Anschlag überzeugt waren.“ Der Landesverband Halle-Merzbach und der Volksverein Halle-Saalfeld der Deutschnationalen Volkspartei schicken uns gleichfalls eine Verurteilung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes.“ Wieder der Landesverband Halle-Merzbach nach der Volksverein Halle-Saalfeld haben von dem angesprochenen Vorname bisher irgendwelche Kenntnis gehabt, sie sind an diesem völlig unbestimmt. Deutschnationale Parteigänger sind überhaupt niemals an Herrn Reichsanwalt Dr. Hirsch ausgeschaltet worden. Ferner sind in dieser oder ähnlichen Sache

Am Montag, dem 3. Juli, abends 8 Uhr, findet im großen Saale des „Volkspark“ eine

Mitglieder-Versammlung der KPD.

statt. Die außerordentlich gespannte politische Lage zwingt uns, so schnell wie möglich zusammenzukommen. Alle Mitglieder werden verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Die Obertrupps treffen sich bereits um 7 Uhr. Mitgliedsbuch der Partei ist vorzulegen.

Große Kundgebung aller Arbeiterkinder

anlässlich der internationalen Arbeiterkinderwoche auf dem hallmarkt. Die Kinder treffen sich morgen, Sonntag, vormittags 9 Uhr alle auf dem hallmarkt.

Wir erfassen rechtzeitig gegen die Preissteigerung!

gewaltige Warenmengen zu billigen Preisen und stellen uns mit unserer ganzen Macht, so lange als irgend möglich,

Auf Grund alter Abschlüsse können wir noch zu unseren altbekannten vorteilhaften Preisen verkaufen. Aber becken Sie sich mit Ihrem Einkauf. Die alte, noch preiswerte Ware ist bald vergriffen, und die neue Ware ist ganz erheblich teurer. Große Auswahlen finden Sie in: Herren-Anzügen, Homejumps, Kammgarne, Warengarns, Drapes, Mantelstoffen, Covercoats, Hosenstreifen, Cheviots, Schotten und Streifen, Gabardine, Popeline, Voll-Boiles usw.

SPECIALHAUS FÜR HERREN- UND DAMENSTOFFE
Mitteldeutsche Textinggesellschaft
m. b. H.
Gr. Ulrichstr. 12

Mengenrabatte vorbehalten. Keine Militärabgabe.

Bestellen Sie unsere Schaukoffer Gr. Ulrichstr. 12 u. 52

Preisenabgabe vorbehalten. Keine Militärabgabe.

Boycott den bürgerlichen Zeitungen Boycott allen Geschäftsfirmen

deutschnationalen Parteileider auch nicht an irgendeine andere Person zur Zustellung gelangt.

Wirft, kein Engel ist so rein, wie die Herren der Deutschnationalen Volkspartei, die Herren von Gallwitz, Henning, Jandren, Dr. Hirsch und wie sie alle heißen. Die Deutschnationalen Volkspartei mag behaupten, daß sie offiziell kein Geld als Partei gegeben hat. Aber gelammelt und gegeben wurde es von hervorragenden Mitgliedern dieser Partei, und das kommt doch für jeden vernünftigen Menschen auf eins heraus. Im übrigen dient der Herr Claus bereits den Berufslosen wieder durch eine neue Erklärung im „Vorwärts“. Zu der Nichtigstellung des Bureaus der Deutschnationalen Volkspartei Berlin, Bernburger Straße 24, erklärt Claus, daß er von einem Hauptmann Sidorowitsch das Geld ausdrücklich zur Reise nach Halle bekommen habe, um sich dort bei dem Reichsanwalt Hirsch zu melden. Die Höhe der zur Verfügung gestellten Summe wurde in einer Besprechung zwischen dem Hauptmann Sidorowitsch und dem Reichsanwalt Hirsch in Halle festgelegt. Der Reichsanwalt Hirsch an Claus durch Postanweisung geleisteten Zahlungen können die Reichsrichter anerkennen. Claus legt besonderen Wert darauf, festzustellen, daß er nicht als Vertreter der Deutschnationalen Fraktion in den Reichstag kam, sondern auf Grund eines Briefes, den der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Hingstreichert an Hirsch geschrieben hatte. Nach heute ihm zugekommen, er, Claus, solle sich nach seiner Entlassung bei der deutschnationalen Fraktion des Reichstages melden.

Wir selbst stellen zur Berichtigung des Herrn Reichsanwalt Dr. Hirsch, der uns heute früh persönlich angelacht hat, fest, daß Herr Hirsch nicht allein den Herrn Claus, sondern auch anderen Subjekten der Wortredaktion Gelder im Auftrag ausbezahlt hat. So wird uns heute morgen ausdrücklich berichtet, daß er im Auftrag seines Bruders Hauptmann Hirsch (Kriegsminister) dem berüchtigten Siphel Harzang Gelder auszahlt hat. Wir werden auf die Rolle, die der Claus, Harzang, Weider, Reichsanwalt Hirsch und andere in der Wärdische Regierung gespielt haben, noch näher zurückkommen und in diesem Zusammenhang auch die Berichtigung des Herrn Reichsanwaltes Dr. Hirsch behandeln. Für heute erklären wir: Es ist ein Skandal, daß Dr. Hirsch noch nicht verhaftet ist. Er selbst gibt zu, daß es Pflicht der Staatsanwaltschaft u. des Reichsjustizministeriums gewesen wäre, sofort Sanktionen vorzunehmen, um eine Strafverfolgung herbeizuführen. Es ist auch ein Skandal, daß der Herr Claus, der ein vernünftiger und bescheidener Subjekt ist, sich noch immer auf freiem Fuße befindet. Wir verlangen von dem Staatsanwaltschaft, daß Claus sofort festgenommen wird! Der größte Skandal aber ist es, daß der Staatsanwalt nicht schon lange gegen Reichsanwalt Hirsch, den Herr Hingstreichert und andere eingeschritten ist, denn alles, was jetzt bekannt wird, steht seit länger als einem dreierhalb Jahr bereits offen mählig fest! Die Arbeiterchaft kann daraus nur entnehmen, mit es um den „Schuh der Republik“ und der persönlichen Sicherheit handelt ist, der in den Händen der Sippe und der Justizorgane liegt!

Gründliche Schulreinigung

Eine bringende Forderung ist die Entfernung der reaktionären Lehrpersonen. Wieviel Lehrer in den Hallischen Schulen — von Lehrern kann abgesehen — respektieren den neuen Staat! Wieviel Lehrer erziehen ihre Schülerinnen bzw. Schüler für die Republik? Mit Ausnahme der sozialistischen bzw. kommunistischen Lehrer — und in Halle sind noch nicht zwei Dutzend — tabulieren fast alle anderen die seit 1918 erlassenen ministeriellen Bestimmungen, den Religions-, Deutsch-, Geschichts- und Gesangsunterricht betreffend. Was wäre wohl im alten Staat mit Lehrern geschehen, die gegenwärtigen, auch nur den geringsten Teil dessen in den Schulen zu äußern und zu tun, was jetzt in den meisten Schulen die Regel ist. In die deutsche Jugend wird augenblicklich eine Verleugung gegen die Republik getrieben, die zu größten Beforgnissen Anlaß gibt. Wenn man gehört hat, wie die zum Gedächtnis des ermordeten Reichsmarschalls angeordneten Festen in den verfallenen Schulen gehandhabt worden sind, so rufen einen die Herzen zu Berge. Redatoren, die im Dienste ein Halbkreuz als Schilddrüse tragen — wie der Rektor der Trothaer Volkshochschule — dokumentieren damit, daß sie mit solchen Organisationen sympathisieren, die sich den Sturz der Republik zum Ziel gesetzt haben. Lehrer, die dem „Stahlhelm“ angehören, sind ohne weiteres zu entlassen. Der Zweck dieser Organisation ist genügend bekannt. Lehrer, die sich als Mitglieder der Kirche hingeben und für den kirchlichen Einfluß in den Schulen — Wiedereröffnung der geistlichen

Schulaufsicht in verletzter Form — propagieren, können wir nicht mehr gedulden.

Lehrer, die noch heute Kriegsbilder, mit schwarzweißen Farben verziert, in ihren Klassen als Wandgemälde hängen haben, sind zur Verantwortung zu ziehen. Auch den „Demokraten“ ist nicht zu trauen. Nach dem Bekanntnis des Jugenddemokraten von Deggelsitz, waren sie mit tiefem Schmerz erfüllt, als sie die schwarzweißen Farben hängen sahen. Sie haben also die Hoffnung: „Es gibt ein Wiederleben“!

So geht es nicht weiter. Es muß verlangt werden, daß die heranwachsende Jugend in den bei öffentlichen Geldern unterworfenen Schulen nicht von reaktionär gesinnten Lehrern verpflegt wird. Die aufwachsende Generation soll zu aufbauenden Schaffen erzogen werden.

Der Kampf im Gastwirtsgerwerbe

Mit dem heutigen Tage beginnt der Kampf im Gastwirtsgerwerbe um das sogenannte Bedienungsgeld. Wie aus einem als rezentlich bezeichneten Zirkular der Gastwirtsorganisation hervorgeht, sollen am 1. Juli alle Gastwirte in Halle auf Speise- und Getränke 10 Prozent Bedienungsgeld von den Kellnern leisten lassen. Die Kellner lehnen das aber einmütig ab und in einer in der letzten Nacht abgehaltenen Versammlung sämtlicher Betriebsräte und Obkette in den Gastwirtsbetrieben wurde der in einer tags vorher stattgefundenen Versammlung ausgeprobierte feste Wille der gesamten Angestellten, die Wiedereröffnung des Kampfes zu verhindern, nochmals zum Ausdruck gebracht. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die Gastwirte von den Kellnern jetzt keine andere Entlohnungsform verlangen können, da den Kellnern ihr Arbeitsverhältnis nicht gekündigt worden ist und bis zur Veränderung der Rundungsfrist niemand sich auf eine Veränderung der Entlohnungsweise einlassen braucht.

Die Front der Kellner hat bereits einen tiefen Riß bekommen, denn verschiedene Gastwirte haben den Kellnern angeboten, daß sie seine Veränderung ihrer bisherigen Entlohnungsweise eintreten lassen wollten. Die Arbeiterchaft hat dies ebenfalls bestritten, denn als Gastwirtsangestellte den Kampf zu erlösen. Die Erhaltung eines besonderen Bedienungsgeldes neben der zu zahlenden Besoldung unter allen Umständen vom Publikum abgelehnt werden.

* Der Milchpreis ist, wie die Preisprüfungsstelle in Halle mitteilt, auf Grund der Preisbewegung für Butter und Käse in den letzten Wochen abermals erhöht worden, und zwar beträgt vom 1. Juli an der Milchpreis dort jetzt nicht länger, daß endlich den Käsern und Schiefern das Handwerk gelegt wird.

* Städtische Strohbanke. Vom 1. Juli an verkehrt ein Spätmorgen verkehrswelle vom Riebeckplatz bis Britzerallee-Kaserne. Ab Riebeckplatz 12.05 Uhr, an Britzerallee 12.14 Uhr. Ab Britzerallee 12.15 Uhr, an Riebeckplatz 12.24 Uhr und an Waihalde (Depot 1) 12.30 Uhr.

* Die kommunikalische Kindergruppe veranstaltet am morgigen Sonntag, sonnigtags 9 Uhr, auf dem Ballmarkt eine große Kundgebung. Alle schulpflichtigen Kinder haben zu erscheinen. Die kommunikalische Jugend (Kommunisten) trifft sich ebenfalls zu dieser Veranstaltung vollständig.

* Sitzung, Zimmerer! Dienstag, den 4. Juli, wichtige Sitzung aller Bau- und Kleingewerbetriebe und des erweiterten Vorstandes im Gewerkschaftsausschuss. Vollständiges Erscheinen wird zur Pflicht gemacht.

* „Kollekt!“ Heute, Sonnabend, hält im „Kollekt!“ in sämtlichen Räumen der Zentralverband der Angestellten seine 25jährige Belegschaftsfeier ab. Morgen, Sonntag, großes Sommerfest aller Arbeiter-Abfahrtsvereine von Halle.

* Stahlhüter. Heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, wird „Das Dreimäderlhaus“ wiederholt. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, geht in neuer Eintheilung die Oper „Der Gnomensohn“ von Wilhelm Kienzl in Szene. Montag, abends 7 1/2 Uhr, „Der Zigeunerbaron“, Dienstag, Erstaufführung „Willis Frau“, ein helles Familienstück von Max Reimann und Otto Schwarz, Mittwoch „Mignon“, Donnerstag „Rigoletto“, Freitag „Willis Frau“.

* Volksinfonie-Konzert. Das erste diesjährige Volksinfonie-Konzert des Stahlhüter-Orchesters findet am kommenden Dienstag, abends 8 Uhr, unter Leitung von Kapellmeister Hans Seibler auf der Reihnitz statt. Eintrittskarten zum Preise von 5 Mk. sind an der Abendkasse erhältlich.

die Handlangerdienste der Reaktion leisten. Heraus aus dem Hause mit diesen arbeitserfindlichen Blättern, an ihre Stelle trete der „Klassenkampf“, der die Interessen aller Wertfähigen vertritt!

die mit den Stahlhelmsbrüdern an einem Strange ziehen und dem „Klassenkampf“ ihre Geschäftsangelegenheiten vorentwerfen. Arbeiter, Angestellte, Beamte, taufst nur bei den „Klassenkampf“-Zuwertern!

* Freie Volkshöhe (Theater-Theater). „Das Konzert.“ Spielstage: 5. Montag, den 3., 3. Mittwoch, den 5., 8. Donnerstag, den 6., 2. Sonnabend, den 8. Juli.

* Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Der Revisions- und Ausnahmeständige, Kriminalgerichts-Inspektor Wenzel, wohnt vom 1. Juli an Köpfiger Straße 11.

* Altkinder- und Operntheater. Zu diesem Anlaß in Nr. 146 des „Klassenkampf“ geht uns von der Direktion der Altkindertheater folgende Mitteilung zu: „Da das hiesige Operntheater dauernd mit Unterbilanz arbeitet und eine weitere Unterstützung des Betriebes in Frage stellt, traten die Aktionäre sämtlicher Theaters an uns heran mit dem Vorhitz, das Operntheater unteren Zweck wieder zu machen. Wir haben die Möglichkeit dazu geprüft und uns zu einer partiellen Benutzung obigen Theaters bereit gefunden. Es soll dadurch der Stadt Halle keineswegs eine Kunststätte genommen werden, da wir gerade in diesem Theater den guten Film und die Preise pflegen werden. Die Verbindungen der bestehenden Verträge des Personals ist nicht von uns ausgebrochen, sondern so viel uns nutzbar wurde, daß alle bestehenden Verträge ab 15. August aufhören. Das Operntheater hätte also ohne unser Zutun tatsächlich seinen Betrieb eingestellt und Angestellte ihre Verdienste verlustig gegangen.“

* Ein Schirm ist einem Genossen am Dienstag auf dem Hallmarkt von einem Kriegsbildhauer übergeben worden. Dieser Schirm steht im Bureau des Ortsvereins, Lindenstraße 14, Zimmer 4, zur Abholung bereit.

* Anmerkung! Die Bergarbeiter gegen den Schiedspruch. In einer Beschlusseinmütigkeit der drei Gruben der Riebeckischen Montanwerke wurde folgende Entscheidung angenommen: „Die Beschlusseinmütigkeit der drei Gruben der Riebeckischen Montanwerke erklären sich mit dem in Köthen zur Abstimmung gelangten Schiedspruch nicht einverstanden und verlangen, daß der Deutsche Bergarbeiterverband sein Verbot zurückzieht und die angelegten sofortigen Lohnforderungen bei den Arbeitgeberverbänden einzieht. Sie fordern vom Deutschen Bergarbeiterverband die in Leipzig auf der Betriebsarbeitskonferenz gefällte Forderung von 75 Prozent als Forderung aufzuheben. Die Entscheidung der Jugendlichen in dem neuen Volkskongress nicht so richtig eingeleitet, wird von allen Jugendlichen ausdrücklich verlangt!“

* Blau. Öffentliche Elternversammlung. Es ist notwendig, daß sich jetzt die Öffentlichkeit einmal mit den Mischständen in der Schule beschäftigt. Darum soll am heutigen Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal des Gastwirts Hienrichs eine öffentliche Anspandung stattfinden, zu der alle Eltern und Mitschüler eingeladen sind. Notwendig ist diese Anspandung dadurch geworden, daß bisher alle Beschwerden beim Schulleiter nichts gescheitert haben. Es ist jetzt schon so weit gekommen, daß die Eltern über ihre Kinder nichts mehr zu sagen haben. Eltern, erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

* Pfister bei Wandorff. Der Arbeiterabfahrtsverein „Vorwärts“ (Wandorff) begehrt morgen, Sonntag, seine Kammerlei, an der sämtliche Vereine, die dem Ortsratell Wandorff angehören, teilzunehmen. Im letzten Sonntag fand ein großer Arbeiterkongress statt. Diejenigen jedoch, die sich an diesem Kongress beteiligen haben, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen. Klassenbewußte Arbeiter, unterstützt die Veranstaltung des Arbeitervereins, treten geschlossen auf den Plan und setzt dem fortzerfallenen Kongress ein Gesicht, daß Ihr Euch einig seid.

Ein Lindlinsboymann



Jeder deutschen Familie sind noch immer Elternrunden gewesen. Nuden werden heute gut und billig in der Fabrik hergestellt. Die Hausfrau verwendet daher, wenn sie ein wohlsmekendes, behagliches und kostiges Gesicht herstellen will, nur Feiligfabrikate, die in anerkannter Güte überall zu haben sind.

M. Schmieder
Inb.: Johannes Hagenow
Halle, Leipziger Str. 94.

Am Montag, dem 3. Juli, beginnt mein
Saison-Ausverkauf

Es bietet sich eine nicht wiederkehrende Gelegenheit, gute Waren noch billig einzukaufen.

Die Abteilung
Damen-Konfektion
bietet besondere Vorteile in
Kostümen, Mänteln, Blusen, Kleidern u. Kostümröden.



Heute beginnt unser bekannter großer Saison-Ausverkauf!

In allen Abteilungen werden Warenmassen ohne Beachtung des heutigen Wertes

rücksichtslos billig!

ausverkauft.

1 Rollen leicht angelegter Blusen- u. Jackenkrägen	5 ⁵⁰
1 Taschentücher	12 ⁷⁵
1 Männerfaschen	12 ⁷⁵
1 Damenfaschen	4 ⁷⁵

2 Rollen Halbstores	98 ⁰⁰
1 Tischdecken	195 ⁰⁰
1 Teppiche	750 ⁰⁰
1 Bettfedern	65 ⁰⁰

Große Posten

Damenhemden mit Ärmeln	115,00	89 ⁵⁰
Damenhemden ohne Ärmel	120,00	79 ⁵⁰
Stickertrichter	175,00	135 ⁰⁰
Unterhosen	175,00	29 ⁷⁵

Große Posten

Wien. Schürzen	49 ⁵⁰
Blusenschürzen	89 ⁵⁰
Damen-Korsetts	65 ⁰⁰
Damen-Korsetts	105 ⁰⁰

Große Posten

Damen-Strümpfe	26 ⁷⁵
Damen-Strümpfe	42 ⁷⁵
Damen-Strümpfe	75 ⁰⁰
Herrn-Socken	49 ⁰⁰

Seltdenes Taffettband

Weiche Sport-Kragen	19,75	12 ⁷⁵
Elegante Selbstbinder	29,75	19 ⁷⁵
Strickbänder	22,50	19 ⁷⁵
Hosenträger	22,50	19 ⁷⁵

Große Posten

Blusenstoffe	125 ⁰⁰
Cheviot	125 ⁰⁰
Gabardine	295 ⁰⁰
Winter-Mantelstoffe	295 ⁰⁰
Wollmusseline	110 ⁰⁰
Volle	139 ⁰⁰

Große Posten

Spachtel-Besätze	5 ⁵⁰
Spitzen	1 ⁸⁰
Valencien-Einsätze	3 ³⁰
Valencien-Spitzen	3 ⁵⁰

Lanolin-Lilien-Milchseife	7 ⁵⁰
Moschus-Seeife	6 ⁷⁵

Leder-Sport-Gürtel	58 ⁰⁰
Herrn-Filz-Hüte	95 ⁰⁰
Bast-Mützen	19 ⁷⁵
Herrn-Sport- u. Reise-Mützen	36 ⁵⁰
Fliegenränger	1 ²⁵
Mottenschutz	2 ⁰⁰

Butterbrot-Papier	50 Blatt	6 ⁷⁵
Salzyl-Pergament-Papier	2 Bogen	2 ⁷⁵

Beachten Sie unsere Schaufenster und Innen-Anlagen.

Wahsternseife ca. 65% Fettgehalt 8²⁵

Kinder-Klapp- und Sportwagen im II. Stock in großer Auswahl zu billigen Preisen.

NUSSBAUM

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

1 großer Damenhalbschuh mit Ledersohle 115⁰⁰

2 weiche Halbschuhe 48⁰⁰

1 Kinderstiefel 85⁰⁰

3 Serien Damen-Buch

Serie I: 2⁵⁰

Serie II: 19⁷⁵

Serie III: 39⁰⁰

Operetten-Theater.

Die Schöne vom Strand.
Operette in 3 Akten von Witt. Holländer.
Sollte ab 7, 10 u. 11 Uhr (letztes).

Trothaer Balkfälle.

Sonntag, 2. Juli:
Große Eröffnungsfest
Bandonium-Musik.
Es ladet freundlich ein **Ww. Emma Gernig.**

Modernes Theater.

Thea Athenos
mit ihren 4 Grazien.
Lebende Statuen.
in noch nie gelebter Foklenbung.
Insperdem 10 bedeutende Kunststücke.
Anfang 7, 8 Uhr. 2740
Eintritt 12 Mk. auf allen Plätzen.

Achtung! Achtung!
Arb.-Radl.-Vereine Vorwärts u. Stern
(W. d. B. „Freiheit“)
Sonntag, den 2. Juli, in sämtlichen Räumen des „Volkspart“:
Großes Sommerfest
Freischießen, Preislegen, Nummernziehung u. verschiedene Adererfahrungen.
Von abends 8 Uhr an:
Groß-Kunstreifen
auf einem 5 Meter hohen Girand.
Stern ladet alle Freunde und Gönner des Vereiner-Abendsports herzlich ein.
Der Vergnügungsausschuss.
2737
Empfiehlt die Volksbuchhandlung.

„3 Könige“

Ab heute: 2738
Vollst. neues Programm.
Jede Nummer ein Schlager!

WITTEKIND

Woche vom 2. Juli bis 8. Juli 1922.
Konzerte vom Philharmonischen Orchester.
Sonntag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Montag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Dienstag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Mittwoch: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Donnerstag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Freitag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Samstag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Sonntag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Mittwoch: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Donnerstag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Freitag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Samstag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.
Sonntag: 7, 8, 9, 10, 11 Uhr.

Brunnenfest.

Festmorgensmuff 7, 7, 9 Uhr.
Festkonzert nachmittags 4-6 Uhr.
Abendkonzert 7, 8, 10 Uhr.
Von 8 Uhr an im Saale: Gesellschafts-Bereicherung.
9 1/2 Uhr: Illumination d. Parkes.

Modezeitungen

empfehlen die **Volksbuchhandlung**
Hatz 42/44.

ZOO. ZOO.

Sonntag, den 2. Juli, vorm. 10 1/2 Uhr:
Führung durch den Zoologischen Garten.
Treffpunkt am Bärenwinger.
Nachmittags 4-6 Uhr:
Konzert
vom Orchester des Hall. Operetten-Theaters.
Leitung: Kapellmeister Georg Haupt.
Abendkonzert 7-9 Uhr.
A. Frohns dreifache Seelöwen.
Sonntag, den 2. Juli:
nachmittags 4-6 Uhr u. abends 7 1/2-10 Uhr:
Konzert vom Philharm. Orchester.
Zeit: Obermusikdirekt. A. Steier.

Licht-Spiele.

Die Biogelafate wird allein Der Welt nicht imponieren. Müßt Dir drum Deine Stiefel sein Mit Perladin polieren.
Der Kenner wählt die Schärcreme Perladin der Qualität und des Preises wegen. Man bezuzuge die vorzeihbarste große 1/2-Pfd.-Doze, Mk. 15,00.
In allen Verkaufsstellen erhältlich. 2739
Fabriklager Graff, Barfüßerstraße Nr. 13.

Stadttheater

Sonntag, den 2. Juli, Abt. 7 1/2, Ende 10 1/2, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Evangelium

Das Evangelium des Matthäus.
Sonntag, den 2. Juli, Abt. 7 1/2, Ende 10 1/2, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Schulbücher

empfehlen die **Volksbuchhandlung**
Hatz 42/44.

Korsetts

(Speziell für Harle Damen)
in großer Auswahl.
Reparaturen, Wäsche.
Haeni, Schneer, Straße 2.

PERLADIN

Die Biogelafate wird allein Der Welt nicht imponieren. Müßt Dir drum Deine Stiefel sein Mit Perladin polieren.
Der Kenner wählt die Schärcreme Perladin der Qualität und des Preises wegen. Man bezuzuge die vorzeihbarste große 1/2-Pfd.-Doze, Mk. 15,00.
In allen Verkaufsstellen erhältlich. 2739
Fabriklager Graff, Barfüßerstraße Nr. 13.

Zeilmüller

für Ziegen, Samler u. Kanin
schl. äußerst hohe Preise.
Malische Fehlandlung G. m. b. H.
Sophienstraße 40. 466
überzeugt Euch!

Zoo. Zoo.

Sonntag, den 2. Juli 1922:
Letzte Vorstellung
A. Frohns dreifacher Seelöwen.
*570

Nachruf.

Am 27. Juni verstarb nach schweren Leiden unsere Töchterin **Frau Ww. Marie Menzel** in Gesspit, im Alter von 51 Jahren. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren!
Halle a. d. S., den 1. Juli 1922. F
Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merzbura. Hk. Halle, e. G. m. b. H. Abtg. Verlag Klaffenlampf.

Volkspart.

Sonnabend u. Sonntag:
Gartenkonzert, Ball

Walhalla-Theater

Heute **Brunt-Premiere**
Ein jellen prächtolles Varietes Programm allererster Klasse.
Ballet: Bohème
Baronin von **Hugo Volgi** 500f. Gessertlich
5 Burgos | Louplini | Rembach
Ströbel u. Mertens
Dr. Hemmers | Meester - Woche
Vorverkauf am ganzen Tag: Theaterkasse. Sonntags 2 Vorf. 3,30 und 8 Uhr. Nachmittags halbe Werte, ein Kind frei.

Denk an die Rußlandhilfe

Zumpen
Felle
kauft zu höchsten Tagespreisen
E. Günther,
Graseweg 8.
Telephon 6130. 473
Papier

Genossen, kauft nur bei den „Klaffenlampf“-Inserenten!

Leben * Wissen * Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Berling Carl Sonn, Nachf. Louis Cahndsen, Hamburg

Von John Reed

Ich sollte ein Offizier und menschenwürdiger „Doronsis“, Delegierter des Arbeiterkongresses. Es handelt sich hier nicht darum, in welchen Sünden die Welt liegt. Nicht die Regierung bedrückt uns, sondern der Krieg... und der muß gewonnen werden, bevor an irgendeine Aenderung zu denken ist... (Ärm und 10 rischer Beifall). Die bolschewistischen Agitatoren sind Demagoguen... (Allgemeines Gelächter). Laßt uns nur einen Monat lang den Klassenkampf verfolgen! Weiter kam er jedoch nicht. Ein Sturm brach los, und er mußte abtreten.

Petrograd hat in jenen Tagen ein eigenartiges Schauspiel. Die Komiteeräume in den Fabriken von Woffen starrten. Ein unaufrichtiges Kommen und Gehen von Kurieren. Überall erwartende rote Garben. In allen Räumen Abend für Abend Versammlungen und tagelange harte Diskussionen. Die Straßen, gegen den Abend zu sich mit riesigen Menschenmassen füllend, die den Revolvier auf und nieder stauten und sich am herauskommenden Zeitungen rissen. Raubankfälle mehrten sich in einem Maße, daß es gefährlich war, sich in die Nebenstraßen zu wagen. Auf der Sawdowja lag ich eines Nachmittags, wie eine Polyanthe von einigen Hundert Menschen einem beim Stehlen erwishten Soldaten niederlag und zu Tode trampelte. Geheimnisvolle Individuen trugen um die in der Kälte hunderlang nach Brot und Milch ansehenden, vor Frost zitternden Frauen herum, insofern, daß die Juden die Lebensmittel auf die Seite brachten und daß während das Volk hungerte, die Sowjetmitglieder in Luxus schmollten.

Das Empfinden wurde aus schärfste bewacht. Niemand durfte hinein und heraus, der seinen Bolschewiken hatte. In allen Komiteeräumen herrschte geschäftliches Leben den ganzen Tag hindurch, und auch des Nachts waren dort hunderte von Arbeitern und Soldaten, auf dem nachten Boden schlafend, mo immer sich ein Wachen bot.

In der Stadt taten sich zahllose Spielclubs auf, die bis zum Morgengrauen im Betrieb waren, mo der Champagner in Strömen floß und Einfälle von 20 000 Rubeln keine Seltenheit waren. Im Zentrum, in den Gassen, lag dringende, auf den Straßen promenierte Damen, Juchens und Gelächers. Die Sowjetmitglieder bewachten die Unternehmungen vorbereiteten.

Und in dem kalten Regen, unter unfreundlichem, grauem Himmel, die große Stadt, herztropfend schneller und schneller dem — Angeklungen zielt.

II

Im Vorabend

Was immer ein revolutionäres Volk einer schwachen Regierung gegenübersteht, kommt unausweichlich früher oder später der Moment, da jede Handlung der Regierung die Massen erdittert und jede Unterlassung ihre Verachtung weckt.

Der Plan, Petrograd zu verlassen, hatte einen Sturm zur Folge: Katenhils öffentliche Erklärung, daß die Regierung eine derartige Absicht nicht gehabt hätte, wurde mit einem höhnischen Lächeln beantwortet.

In Charkow abgeleitete eine Versammlung von 30 000 organisierten Bergarbeitern den Grundlag der W.W.W. (Arbeiterpartei der Welt) abgeleitete. Die Arbeiter und die höchsten Klassen haben nichts miteinander gemein. Die Redner sagten die Bergarbeiter auseinander, einige wurden von den Bergwerksbesitzern ausgebeutet, der Rest proklamierte den Generalstreik. Der Minister für Handel und Industrie, Kownowkow, gab seinen Gehilfen Driow unbeschränkte Vollmacht, der Schwierigkeiten mit allem ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu tun. Die Bergarbeiter hobten Driow. Aber das Generalkomitee der Sowjets bestätigte seine Ernennung nicht nur, sondern legte auch ab, die Zurückberufung der Kofaken aus dem Nordosten zu verlangen.

Dazu kam die Sprengung des Sowjets in Kalluga. Die Ruffische Regierung freigelegt. Die Stadtmann rief mit Zustimmung des Regierungskommissars Truppen aus Moskau herbei, die die Sowjetrepublik mit Artillerie beschoßen. Die Bolschewiken kapitulierten. Während sie noch im Begriffe waren, das Gebäude zu verlassen, wurden sie plötzlich von Kofaken überfallen und zum Auf. „So werden wir es mit allen bolschewistischen Sowjets machen, die von Petrograd und Moskau nicht ausgenommen.“ Der Zwischenfall hatte eine durch ganz Rußland wogende zornige Erregung zur Folge.

Im Petrograd ging gerade ein Regionalkongress der Nordrußland zu Ende, den der Bolschewik Krasnoff leitete. Der Kongress sprach sich über die Übermittlung der Macht für die Übernahme der Macht durch den Arbeiterkongress aus. Er erklärte die in den Kerkern imachtenden Bolschewiken, ihnen Mut aufzubringen, da die Stunde ihrer Befreiung nahe sei. Zur selben Zeit erklärte sich der Erste Arbeiterkongress der Provinz und Bezirkskomitees mit Entschiedenheit für die Sowjets.

Am Sonntag, dem 4. November, war eine riesige Versammlung geplant, ein sogenannter „Tag des Petrograders Sowjets“, mit Massenversammlungen in der ganzen Stadt, nach außen hin zum Zweck der Sammlung von Geld für die Organisation und die Presse, in Wahrheit eine Demonstration, bekannt, die Macht der revolutionären Massen zu zeigen. Bekannt wurde bekannt, daß am gleichen Tage auch die Kofaken einen „Krasnii Chod“ (Kreuzprozession) zu veranstalten beabsichtigten, zu Ehren des Heiligen von 1812, dessen wunderbares Eingreifen die Vertreibung Napoleons aus Moskau ermöglicht haben soll. Eine ungeheure elektrische Spannung lag in der Luft. Ein Funke konnte den Bürgerkrieg entzünden.

Der Petrograd Sowjet veröffentlichte ein Manifest, betitelt: „An unsere Brüder, die Kofaken!“

„An unser Euch Kofaken“, hieß es in dem Manifest, gegen uns Arbeiter und Soldaten auf. Dieser Plan des Verstandes ist die Macht unseres Volkes über die Generale, Bankiers, Grundbesitzer, der früheren Beamten und Landrentiers. Sie sollen uns bitter, die Spulanten, Kapitalisten, Juchsen, der Adel, die Generale, mit Einschluß eurer Kofakengenerale. Sie sind jeden Moment bereit, den Petrograd Sowjet auseinanderzujagen und die Revolution niederzulassen.“

Tagelange Zeit hat am 4. November eine religiöse Kofakenprozession organisiert. Es ist eine persönliche Angelegenheit jedes einzelnen, ob er dorthin gehen will oder nicht. Wir sind entsetzt, uns da sinnlos oder jemand zu hindern. Wir warnen Euch aber, Kofaken! Seid achtsam, daß unter dem Vorwand einer Kreuzprozession die Kofaken Euch nicht gegen die Arbeiter und Soldaten hegen!“

Die Prozession wurde eifrig abgefaßt.

In den Fabriken, in den Arbeiterquartieren propagierten die Bolschewiken ihre Parole: „Alle Macht den Arbeitern“, während die Agenten der schwarzen Hundert unaufrichtig zur Verhöhnung der Juden, Geschichtsbücher und der sozialistischen Bücher beteten. Auf der einen Seite die monarchistische Presse, blühende Unterdrückungsmaßregeln ferner, auf der anderen Seite mächtige Stimmen, den nicht länger hinauszuverschiebenden Aufstand predigend.

Auch der bürgerlichen Presse war nicht wohl. Die „Wriwenja Wiedomosti“ (Börsezeitung) nannte die bolschewistische Propaganda einen Angriff auf die elementarsten Grundlagen der Gesellschaft: der persönlichen Sicherheit und der Achtung vor dem Privatbesitz.

Am nächsten Morgen geboteten sich jedoch die „gemäßigten sozialistischen“ Blätter. „Die Bolschewiken sind die gefährlichsten Feinde der Revolution“, schimpften der „Dielo Naroda“ und der „medisches witschke“ „Dien“, die Regierung darf nichts unterlassen, um sich und uns zu verteidigen. Das Blatt „Wiedomosti“, „Krasnii Chod“ (Einigkeit) wies die Regierung auf die Tatsache hin, daß die Arbeiter bewaffnet seien, und forderte die allerstrengsten Maßnahmen gegen die Bolschewiken.

Die Regierung wurde von Tag zu Tag hilfloser. Selbst die Schwereverwaltung hörte auf zu funktionieren. Die Spalten der Morgenzeitungen waren voll von Nachrichten über verwegene Raubankfälle und Morde. Den Banditen gefolgt oblag nichts.

Andererseits begannen die Arbeiter, einen Sicherheitsdienst zu organisieren. Bewaffnete Patrouillen durchstreiften die Stadt, die den Kampf mit dem Kerberosium aufnahmen und Waffen beschlagnahmten, mo sie welche fanden.

Am 1. November erließ der General Kommissar, der Petrograd Stadtkommandant, folgende Proklamation: „Angeordnet der für das Kaiserland angebrochenen schweren Lage haben die unermüdeten Schritte zu bewaffneten Dantonstrazzen nicht auf, in Petrograd zu zirkulieren, und Räuberei und Anarchie nehmen läßt zu.“

„Vor der Straße schloß die Regierung“...

Die deutschsprachige „Schlesische Zeitung“ schreibt auf den blutigen Königsberger Hindenburgsonntag folgende Zeilen:

„Marshall Hindenburg, der tapfere Regen, kam zur Dinnar über's Meeresblau. Treue Herzen schlugen ihm entgegen. Doch die SPD. Mit der SPD.“

Recht SPD. verliert Kadau. Vor der Straße schloß die Regierung. Die Behörden pieß sie blieh zurück. Reichswahr blieb in ihrer Kasernierung. Bann trifft jedes Unionsmitglied. So wird nicht. Jetzt ein Feld gedr.

Wer noch nicht sieht, sent belagert den Stad. Selbst von Zannenberg und von Maluren, Deiner Woberjäger Tatenburst. Bleibt für deinen Gleichmut ohne Spuren. Denn du stehst zu hoch, als daß du würdest. Ob die Aemter will, Ob der Fabel brüll, St dir ohne Zweifel köstlich Murr.“

Unschänter kann die Verachtung der demokratischen Republik kaum in Worten gefeiert werden. Ob die „Schlesische Zeitung“ der Rathenau-Mord in ähnlicher Form verarbeitet hat wie das Blutbad in Königsberg, ist uns leider nicht bekannt. Im übrigen hat sie recht — die republikanische Regierung „schloß“ wirklich, aber nicht nur vor der „Straße“, sondern auch vor den Nordanschlüssen der Hindenburg-Werker.

Vom Gewitter

Die Gewittergefahr ist in Deutschland nicht überall gleich groß. Die gewitterreichen Gebiete in Preußen sind der Glatzer Kessel und der Saunus, die im Durchschnitt über dreißig Tage mit Gewittern erleben; daneben sind die gewitterreichen Gebiete der Freistaat Sachsen, auf den 28 Prozent der Gewitter in ganz Mitteldeutschland am häufigsten, ferner das Gebiet vom Spessart zu beiden Seiten des Main bis an den Rhein, die Umgebung der Ruhr bis zum Rhein, der Moser und Gegend in der Norddeutschen Tiefebene und Siedlungsgebiete mit der ganzen Nordsee mit Ausnahme der Gegend um einen Gebirgsstreifen von geringster Gewitterhäufigkeit; hier gibt es im allgemeinen nur 13 bis 15 Gewitter im Jahr.

Der bei weitem gewitterreichste Monat ist der Juli; ihm folgen in der Gewitterhäufigkeit August und Juni und dann in eintem Monat Mai und September. Die gewitterreichsten Tagesstunden liegen in der Zeit zwischen 3 und 5 Uhr nachmittags, die gewitterarmen in den Morgenstunden zwischen 6 und 8 Uhr. Darans zeigen sich schon Anhaltspunkte für den Gehalt der Gewitter an den besten Stunden bei Gewittererfahrungsgemäß das Innere von Böhmen. Die größte Zahl der Verlesungen und Tötungen durch Blitzschlag erfolgt im Freien. Förster, Bergsteiger und erdabene Wanderer empfangen als höchstes Unheil gegen die Blitzgefahr im Freien das Hinlegen auf den Boden ohne Rücksicht auf Höhe und Schirm. Auf der Landstraße soll man in ruhigen, nicht zu schnellem Schritt auf der Mittelrinne zwischen den Baumreihen vordrängen. Die Felsenjungen und Köhne im Gebirge sind Punkte ganz besonderer Gefahr; es genügt auch nicht, nur wenige Meter unterhalb der Köhne Schutz zu nehmen. Das Heilfettigen der Fische, die bei Gewittern deutlich hörbar Elektrizität ausströmen lassen, wird bringend angeordnet, ebenso die Entfernung aller metallischen Gegenstände. Menschenansammlungen und Versammlungen erheben nach allen Beobachtungen die Gefahr der Blitzschlaggefahr außerordentlich. Besonders gefährlich ist der Aufenthalt unter Bäumen. Die vom Volke gezeigten Regeln, wie: „Von den Gassen nicht zu weichen! Unter Fichten nicht zu stehen! Doch die Bäume magst du lachen! sind durch wissenschaftliche Beobachtung als durchaus richtig erkannt.

Die stürmische Fortentwicklung hat durch ihre Oberflächenerreger auf Jahre hindurch sämtliche Blitzschlagfälle in die Räume ihrer ausgehenden Forten festhalten und unterhalten lassen. Dabei ergab sich, daß in dem gleichen Zeitraum 105 Gassen, 24 Kisten, 22 Fichten, 20 Buchen, 9 Kiefern, 7 Birken, 2 Eichen und eine Erle vom Blitz getroffen wurden. Dabei standen die Räume in 110 Fällen auf dem vollereichen Lehm Boden, in 26 Fällen auf der Untergrund Ton, in 37 Fällen Sand, in 23 Fällen Kuper-Mergel und in 6 Fällen Rauf, der sich durch Wasserarmut auszeichnet.

Der Aufenthalt unter Bäumen aller Art wird in der gesamten Literatur als unermüdetlich gefährlich bezeichnet; am meisten gefährdet sind einleuchtende Bäume und unter diesen wieder Birkpappeln. Ein Nadelbaum ist für die Blitzhitze ein als in Apfelbaum. Von Gebäuden sind Windmühlen und nach ihnen Kirchen am meisten gefährdet. Weitläufig angelegte Landeigenschaften mit zahlreichen einzelnstehenden Häusern erleben erheblich mehr Gewitterschäden als Geschlossene mit dicht zusammenhängenden Häusergruppen. Für die Gewitter haben die elektrischen Leitungen die wesentlich zur Entpannung der in den Wäldern aufgespeicherten Elektrizität beitragen und für einen teilweisen Ausgleich der Elektrizität der Wälder und der Erde sorgen, einen menschlichen Schutz.

Im Schieberkurtortel

Ein Genosse sendet diese Schilderung seiner Erfahrungen in einem holländischen Kurtort.

Mein Gastspiel als bürgerlicher Hotel-Küchenchef hat nicht lange gedauert. Am Freitag vor Abgang fuhr ich früh aus Lübeck ab, als die ersten Trupps Jugendgewalt mit dem Sowjetkern in die Stadt einrückten und machte mich hässlichen Herzens auf den letzten Teil meiner Reise über Gütin nach der holländischen Schweiz. Zwei Stunden später stand ich schon hinter dem Küchensofa und überließ die aufständischen Schwärzler, die sich mit der Arbeit entgegenstellen würden.

Das Hotel, soweit die verkehrten Kurorte in Betracht kommen, war nicht ganz exzentrisch, aber außerordentlich mit gut bürgerlicher Eleganz eingerichtet. Aber die Küche und das Personal, soweit diese zusammengehören, bieten einen fast abgegrenzten Gegenstand zu den Gassen und den für dieselben bestimmten Säulen. Während die fetten, holländischen Bürger und Schieber mit ihren Duzen, die „Eindamesam“ oder auch nicht, sich in bequemem Korbsitzen nach angestrengter Vormittagspromenade das Mittagbrot schmecken lassen, sieht das Küchenspersonal in durchgehenden Kleidern am Küchensofa und am Aufnahmestisch. Dinnen im Speiseparsall sind Schieber blau mit Butter, dann Führerbraten, Stangenparquet mit schöner Eierkarte, Banilienbismarck mit allehand seinem Gebäud, man trinkt nur Wein beim Essen, Sekt und gute Schokolade zum Nachtisch. Wenn man sich von den Müdigungen des Mittagessens erholt hat, muß man sich von den Müdigungen über Tee trinken, wieder Tarten und Kuchen, Eis und Schokolade zu sich nehmen. Und damit einem dabei nicht die Not des deutschen Volkes oder gar häßliche Hungerbilder über den roten Aufstand kommen, werden, jedoch betrachte die Klaffen in die neuen Operettenshows. Raum ist der Tabakspiel gegen 7 Uhr, nachdem die Herrschaften für den Abend Toilette machen gehen, hinausgeführt, geht es an's Abendbrot. Warme Schokolade, eine kräftigen braunen Trank mit Mandeln und Mandarinen, Hülse und geloch, Kalbs- und Rinderbraten, feine Käse, reichlich Butter, süße Speisen, starken Kaffee, guten Wein, feine Zigarren, Sekt, und teure Schokolade bis nach Mitternacht. Die Küchenshelfer, die in der Küche arbeiten, sind in der Regel sehr fleißig, mo man sich von den Müdigungen der Arbeit und der teuren Schokolade bis nach Mitternacht. Die Küchenshelfer, die in der Küche arbeiten, sind in der Regel sehr fleißig, mo man sich von den Müdigungen der Arbeit und der teuren Schokolade bis nach Mitternacht.

Das Hotel ist... die Küchenshelfer, die in der Küche arbeiten, sind in der Regel sehr fleißig, mo man sich von den Müdigungen der Arbeit und der teuren Schokolade bis nach Mitternacht.

Und die mit mich herum, die bunten Küchenshelfer und Zimmerjungen, Köchin und Konditor, die die notwendigen Fragen stellt über Gewerkschaftsorganisation und Politik, schenkt sie einen sehr und verständnislos an. Aus ihren Redensarten und Dackeln, mo man sie inquiriert hat, schließen sie sich abwechselnd abends nach 10 Uhr heimlich auf eine Straße und freies will die „unübige Frau“ das Ausgehen verhalten und die Köchin jeder derzeit, den sie durch die Hintertür verschwinden sieht.

Spricht du zu diesen Klassenfeinden nur das Wort „Sozialismus“, so guden sie sich entsetzt um und laufen davon, oder sagen von Politik verstanden“ sie nichts und wachen, oder sagen davon wissen. In der Nacht zwischen 11 und 12, wenn die Arbeit in der Küche nachgelassen, machen sie die Küchentrüb halbiert, damit die Klänge der Musik hörbar sind. Der Saubereiniger des Zimmeradels, der Konditor mit der Kuchengemach gehen in den Morgenstunden in der Küche zu arrangieren, so gut es geht. In der Küche im Leben managen Momente, mo man um, am liebsten doch mit Handgranaten und Stimbomben argumentieren möchte. Aufmerksam! Davon wissen die Leute ebensowenig etwas, wie ihnen das sohnvolle dieselbe fluchwürdigen Zustände benutzt ist.

Ich habe vor zwölf Jahren aus gleichen Empfindungen dieser Art über mich und Giel und Abigen den Rücken gedrückt. Nach drei Tagen mußte ich, daß ich die Arbeit nicht mehr verrichten kann, auch wenn ich wieder so gut aussehen würde, wie ich es viele Jahre nicht mehr gewohnt war und noch 1200 Mark die Woche bar dazu verlorne.

Wenn ich die herausfordernde Leinwand, dieses elegante Brokaten mit am besten beobachtet wird, wird mir durch die herrliche Gegend verleiht und mich zum Erlaßen dieser Gegend geistlich machen, mir um den Gaumen dieser Paroxysmen zu fügen — ich kann es nicht.

Ich habe am dritten Tage gefündigt; nur wenige Bemerkungen und Andeutungen haben genügt, um den Mann zu veranlassen, sich am dritten Abgang den Rest des Wochentages auszusuchen und mich an die Zeit zu legen. Ich hätte es ja wohl für möglich gehalten, in dieser Form weiterzuarbeiten, ohne geringste Ruhepause, ohne deren Tag. Gellen denn hier überhaupt keine Gefahr? Können möchte ich schon gerne ein fleißiger Arbeiter werden. Warum schlemmen die einen in appetitlicher Weise, während die Arbeiter mit Frau und Kindern nicht aus den Großstadtmauern herauskommen? Die Reichster, Schieber und Arbeiter können als teure Arbeiter und Geschäftsmänner passieren zu tragen, und das Arbeiterproletariat wird getrieben und belächelt, ohne daß es merkt, wie dresch und höhnlich ihm der teure, falsche Bürgerpöbel mit dem Fuß im Nacken steht. Ich weiß, daß es in anderen Ländern genau so oder ähnlich zugeht — bis auf Rußland, in dem ich mich nach Rußland, wenn ich hier keine Gelegenheit finde, mitzugehen, daß es bei uns anders wird. Aber das Volk schläft — es hat Verlehnung und Kaja Zurechnung und all die anderen bis auf wenige Gefahr verpassen, sie spüren die Gefahren, aber können als Skatzen aus Brot, Brodschiffen zu ihren Parteilich und Reichsmongolentrupps zum Besitzen haben, spüren sie nichts von Ansehlichkeit und Ausbeute. Wie lange soll das so bleiben?

Ein Deutschpölkischer über das Proletariat

Im „Heimball“ leistete sich ein Ritter vom Hakenkreuz, Willehelm Furrer aus Hannover, den folgenden Witz:

„Ich erkläre: Proletariat ist Niedertracht. Der Boden der ganzen Art. Der — von Juda eingepreist in wildem Kästchen — Verfolg, was sich an Gdlem, Keinem noch bewacht!“

Die kommunistische Frau

Der Gewerkschaftskongress in Leipzig und die Frauen

Auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig hatte die Gewerkschaft (Berlin) folgende Resolution eingebracht:

Die Demobilisierungsbedingungen vom 28. März 1919 und vom 28. April 1920 haben die Unternehmer, denen sich meist die Betriebsräte angeschlossen haben, hartnäckig abgesetzt, daß die proletarischen Frauen aus den Betrieben herausgedrängt wurden. Dies bedeutet eine Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse, da durch diese Praxis die Solidarität zwischen den Ausgebeuteten durchbrochen, die Ziele der Arbeiterschaft ansichtslos auf das Proletariat abgewälzt werden. Die Frauenarbeit stellt einen ungeheuren Fortschritt in der Entfaltung der Produktivkräfte dar. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung werden alle heute nicht möglich nutzbaren Arbeitskräfte der Frauen ganz planmäßig und geschäftlich einfließen und notwendigen Arbeit heranzuziehen, zum Zweck der Steigerung der Lebenshaltung aller Gesellschaftsmitglieder. Die Gewerkschaften haben daher nicht die Befreiung der Frauenarbeit, die Herausdrängung der Frauen aus den Betrieben anzustreben, sondern durch den Kampf um gleiche Löhne für gleiche Leistung, um gleiche Arbeitsbedingungen, um gleiche Entlohnung zu bestreiten. Der Gewerkschaftskongress verpflichtet daher die Betriebsräte und Gewerkschaften, jede Zustimmung zu den von den Unternehmern aufgestellten Entwürfen, die zu Entlassungen, zur Minderleistung, zur Ausweitung der Entlassungen zu verweigern.

Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Bundesvorstandes geht hervor, daß weder der Bundesvorstand noch die Spitzenorganisationen dem Willen der Unternehmer durch die niedrige Entlohnung der Frauenarbeit haben sich übermäßig entgegengehalten. Die Verhandlungen haben sich überall mit dem Standpunkt der Unternehmer abgefunden, daß die Frauenarbeit nur zu zwei Dritteln, oft zu Hälfte, manchmal auch unter der Hälfte des Männerlohnes bezahlt wird, trotzdem die Gewerkschaften programmmäßig auf gleiche Lohn für gleiche Leistung bestehen. Immer häufiger besteht die Erbitterung der Arbeiterinnen, die bei der steigenden Lebensmittelpreise durch die Unternehmungspolitik dem Verdienen und der Verdienstentsprechung, der Produktion in die Arme getrieben werden. Der Kongress fordert daher den Bundesvorstand und die Spitzenorganisationen auf, dem Grundlohn, der Lohn für gleiche Leistung mit aller Energie Geltung zu verschaffen, bei neuen Tarifabschlüssen die gleichen Löhne, Zulagen und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer zu erkämpfen. Der Unterhalt dieses Kampfes durch die breiten Massen der Arbeiterinnen und der Gewinnung ihres Vertrauens können die Gewerkschaften dann sicher sein.

Sucht bei der Forderung der Erwerbslosenunterstützung muß der Grundlohn der gleichen Unterfertigung für Mann und Frau durchgeführt werden.

Die Haltung des Bundesvorstandes hat weiter gezeigt, daß für die nach der Revolution in Massen den Gewerkschaften zuströmenden Arbeiterinnen nicht Rechnung getragen wurde. Die mangelnde gemeinschaftliche Haltung der Arbeiterinnen wußt sich zu einer Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften aus. Sollen die Millionen Arbeiterinnen nicht zu einem Hemmschuh in der Arbeiterbewegung werden, so müssen sie von einer planmäßigen Propaganda durch die Gewerkschaften erfasst, gekämpft und in die Klassenkampffront der gegen die Unternehmungskämpfen Arbeiterklasse eingereiht werden. Zur Erreichung dieses Zweckes sind vom Bundesvorstand folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. In allen Gewerkschaften mit einer großen Anzahl von weiblichen Mitglieder sind regelmäßig mindestens einmal jährlich Frauenkonferenzen einzuberufen, in denen durch Ortsstellen, Bezirke und von der Zentralfstelle des Verbandes.

In allen Zentralfstellen sind Frauenagitationskommissionen zu wählen, die in Kurien weitergebildet und geschult werden, um dadurch agitatorische Kräfte für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Einberufung von besonderen Gewerkschaftsversammlungen zu besonderen Frauenfragen (Befreiung des Arbeiterinnenstandes durch das neue Arbeitsgesetz, Homogenität usw.).

sowie die Organisierung von öffentlichen Frauenermählungen in der Stadt (siehe: Arbeiterzeitung, 1. April 1920) sind den Verbänden beim Ortsstellen zur Durchführung zu empfehlen.

— In den Arbeiterhochschulen Frankfurt, Volkshochschule Tübingen, Betriebschulen usw. ist eine entsprechende Anzahl von Arbeiterinnen zu beschäftigen. In den Verbänden, Gewerkschaftskongressen, Betriebskongressen und Gewerkschaftsverbänden mehr wie bisher die Delegation von Arbeiterinnen zu propagieren.

2. Die bisherige Frauenorganisation: Die Gewerkschaftliche Frauenorganisation muß zu einem wahren Schutzorgan und Klassenkampforgan umgewandelt werden. Es muß Stellung nehmen zu allen Fragen, die die Arbeiterinnen betreffen (Arbeitslosigkeit, Homogenität, Teuerung, Steuern) und soll durch die Mitwirkung der Arbeiterinnen selbst ein Spiegelbild ihres Lebens werden. Die Frauenorganisationen müssen ebenfalls zu allen wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung Stellung nehmen, insbesondere muß in Frauenkreisen der Frauenarbeit gegeben werden für Darstellung der Bedingungen für Frauenarbeit, Schöpfung der Erfahrungen der Arbeiterinnen in den Betrieben usw.

3. Die Gewerkschaften müssen Frauenkämpfer und Beschäftigten zur Auffklärung unter den breiten Massen der Arbeiterinnen herausheben. Der Kongress verpflichtet sich weiter, mit allen Mitteln gegen die durch das neue Arbeitsgesetz beschleunigte Verschlechterung des Arbeiterinnenstandes, durch die Verletzung des Achtstundentages, des Arbeits für Nacharbeit der Frauen und für den freien Sonntagsbesuch, für einen gesetzlich festgelegten Urlaub von mindestens zwei Wochen im Jahre, für die Erhebung der schwangeren Frauen zwei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt von jeglicher Erwerbsarbeit unter Fortzahlung des vollen Arbeitslohnes, für die Verbot der Frauenarbeit in gefährlichen Betrieben in der Werkstätte, bei der Verarbeitung von Phosphor usw., einzutreten.

Der Kongress fordert die Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten auf, Einrichtungen zu schaffen, die die Mutterpflicht und die Erwerbslosigkeit der Frauen zu beseitigen, eine genügende Anzahl von Schwangerenheimen, Kindertagesstätten, Mütter- und Kinderheimen zu schaffen, die unentgeltliche ärztliche Hilfe und Hebammenhilfe für die Schwangeren und Mütter einzurichten, für kranke Mütter die Arbeitstätigkeit auf höchstens sechs Stunden täglich, bei Arbeitslosigkeit die Hausarbeit, die darin gewährten Arbeitsstellen durch den Arbeitgeber festzustellen, die Einrichtung von Stillrippen in Verbindung mit den Produktionsstätten in die Hand zu nehmen, ferner obligatorische Kindergärten und Kinder in jeder dritten Lebensjahre, um die Unterhaltung in denen den Kindern eine ärztliche Behandlung und auf Verlangen auch Aufenthalt gebührt wird.

So lange die Voraussetzungen für die Aufzucht einer gesunden, kräftigen Nachkommenschaft durch die Schaffung aller dieser Einrichtungen nicht gegeben sind, so lange es der Gewerkschaften Aufgabe ist, einen barbaren Kampf zu führen, der die Arbeiterinnen durch die reichsweite Handhabung der Abtreibungsparagrafen 218 und 219 gewonnen werden sollen, trotzdem Kinder in die Welt zu setzen, die sie nicht vor dem Verdienen schützen können. Der Gewerkschaftskongress verlangt daher die Befreiung dieser Schwangerparagrafen. Jede Schwangere muß das Recht haben, die beantragten öffentlichen Anstalten von zu vielen Zwölf stündlich beantragten Ärzten unentgeltlich auf Kosten des Reiches beilegen zu lassen.

Gertrud Haber, Gertrud Friedel, Martha Biesler, Johanna Bachmeier und Genossen.

Diese Resolution wurde abgelehnt. Der arbeitenden Frau sagt die Ablehnung in aller Schärfe, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterinnen zu erwarten hat, solange keine kommunistische Mehrheit zumgebräutet ist.

Zur Internationalen Kinderwoche

Die ungeheure Bedeutung der kommunistischen Kinderwochenbewegung für das revolutionäre Proletariat tritt immer mehr in Erscheinung. In fast allen europäischen Ländern haben die kommunistischen Jugendverbände mit den kommunistischen Parteien

eine Kinderbewegung geschaffen. Schon sind auch die ersten Anzeichen vorhanden, daß auf anderen Erdteilen die Kinderbewegung Fuß faßt (Kultur, Amerika). Die kommunistische Kinderbewegung ist in der Zeit ihres Bestehens zu einem großen Faktor in der kommunistischen Gesamtbewegung geworden.

In vielen Ländern: Bulgarien, Tschechoslowakei, Deutschland, England müssen die Kindergruppen einen harten Kampf gegen die Reaktion führen. (In England soll ein Gesetz dem Parlament unterbreitet werden, das die revolutionäre Propaganda unter den Kindern mit schweren Strafen ahndet). Die Reaktion erstickt in den Kindergruppen Positionen der kommunistischen Bewegung und geht deshalb darauf aus, diese zu zerstören. Bis jetzt haben die Kindergruppen allen Stößen der feindlichen Handgehälter und haben sich ausgebreitet und sind gewachsen. In der letzten Zeitungsarbeit hat das Vorgehen der Reaktion gute Dienste geleistet.

Die nach den Novembertagen 1918 aufgelassenen Bourgeoisie hat ihre Kräfte wieder gesammelt und erhebt ihr Haupt. Überall tritt die Reaktion der Arbeiterklasse entgegen. Alle Mittel benutzt sie um die Arbeiterkräfte zu lähmen. Ein der Bourgeoisie am meisten ausgelegertes Mittel ist das proletarische Kind. In der Schule wird es durch den Unterricht mit kapitalistischen Ideen verurteilt und der proletarischen Klasse entzogen. Der Religionsunterricht wird wieder häufiger durchgeführt und damit gewinnt das Institut über das proletarische Kind an Macht. Außerdem der Schule verurteilt bürgerliche Organisationen das Arbeiterkind in ihr Reich zu bekommen, um es auch hier weiter beeinflussen zu können. Dem proletarischen Kinde drohen Gefahren überall und diese Gefahren sind zugleich Gefahren für die gesamte Arbeiterklasse.

Wir Kommunisten dürfen nicht latentlos beseitigt werden. Die bestehende kommunistische Kinderwochenbewegung muß verteidigt und ausgebaut werden. Immer mehr Arbeiterkinder müssen zu der Erkenntnis kommen, daß das proletarische Kind Kämpfer seiner Klasse werden muß. Die kommunistischen Kindergruppen entstehen das Kind zum kommunistischen Klassenbewußtsein, zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, gegen die nationale und professionelle Befreiung der bürgerlichen Schule. Um die kommunistische Kindergruppenbewegung auszubauen und den Gedanken der Notwendigkeit der Erhaltung des proletarischen Kindes innerhalb der kommunistischen Kindergruppenbewegung hinaus zu tragen, um das Kind selbst zu aktiver Arbeit heranzuziehen und in den Dienst der internationalen Solidarität des kommunistischen Proletariats zu stellen, hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationalen beschlossen, vom

26. Juni bis 2. Juli die 2. internationale Kinderwoche durchzuführen.

Während dieser Woche sollen in allen Ländern die Kinder eine verlorene Agitationsarbeit leisten. Es sollen zur Auffklärung der Eltern Vorträge einberufen werden. Die Kinder werden in Kindererwerbungen veranfaßt. Von Haus zu Haus und von Wirt zu Wirt sollen die Kinder gehen, die Kinder sollen die nationalen und professionellen proletarischen Kinder für die Kindergruppe gewinnen. Überall müssen neue Gruppen gegründet werden. Die kommunistischen Parteien, hauptsächlich die Frauen, sollen in der Gemeinschaft mit den Jugendverbänden die Arbeit der Kommunistischen Kindergruppen unterstützen. Weitere Tage der internationalen Kinderwoche sind internationale Hitzstage für die reichsten Kinderheime und für die hungernden Kinder Sowjet-Rußlands. Während dieser Tage werden die Kinder Sammlungen von Schulmaterial, Kleidungsstücken, Lebensmitteln, Geld u. a. m. durchführen. Die Parteien und Jugendverbände sollen diese Sammlungen organisieren und durchführen helfen. Der 2. Juli ist als Demonstrationstag der kommunistischen Kindergruppen auszubauen. In diesem Tage werden in allen Ländern die Kindergruppen aufmarschieren und so Zeugnis von der Stärke und dem Willen der kommunistischen Kindergruppe abgeben.

Es gilt, der Bourgeoisie, der Reaktion und allen Gegnern der kommunistischen Gesamtbewegung zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, die proletarischen Kinder ihnen wehlos auszuliefern, sondern daß wir in ihnen das Bewußtsein haben wollen, daß nur der Kommunismus den Sieg der Arbeiterklasse, Glück, Freude und Frieden für die gesamte Menschheit bedeutet.

Ein Opfer der §§ 218-219

Wie reichslos sind die §§ 218-219 des Strafgesetzbuches oft gegen die Frauen in Anwendung gebracht worden, zeigt uns folgender Fall: In einer öffentlichen Frauenerwerbungsanstalt in Eisen kam eine Arbeiterin zu mir und teilte mir mit, daß auch sie ein Opfer der Abtreibungsparagrafen geworden sei 8 Monate Gefängnis hat sie wegen verurlichter Abtreibung erhalten. Die Frau sollte sich während der ersten Monate ihrer Schwangerschaft einer Hebamme anvertrauen, doch hat sie kein Mittel unversagt lassen, um die Schwangerschaft zu beilegen. Die Hebamme hat bereits das Kind geboren und es schon fünf Monate alt war, von ihrem kleinen Kinde fortgerissen und auf drei Wochen in Unterjuchshof gesteckt. Später wurde sie dann wegen verurlichter Abtreibung, wofür ihr keine Beweise erbracht werden konnten, außer der Zeugnis, die sie getan haben sollte, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Frau besitzt zwei kleine Kinder und sie selbst ist hart überarbeitet. Sie hat darum zu widerstehen, diesen durch Herabdringung eines ärztlichen Arztes Strafauflauf beantragt. Der letzte Antrag hat der Arzt bemerkt, daß die Frau sogar beständig sei und bei Verurteilung der Strafe große gesundheitliche Gefahren für sie beständen. Darauf wurden ihr zwei Monate Strafauflauf gewährt. Ein Antrag auf Erlass der Strafe ist ebenfalls abgelehnt worden.

Man hat die Frau erneut eine Vorladung zum Eintritt der Strafe erhalten. Sie steht auch jetzt sehr elend aus und befürchtet das Schicksal für ihren Gohnbubensaufbau. Dann weiß sie auch nicht, was aus ihren Kindern während dieser Zeit werden soll. Sie will darum erneut einen Antrag auf Strafauflauf stellen und hofft, daß unter Antrag auf Befreiung dieser Schwangerparagrafen in den Parlamenten angenommen wird. So lebt sie fortgesetzt in Angst und Aufregung.

Das ist jedoch nur eine von den vielen gequälten Frauen, die so unter den Wirkungen dieser Paragrafen leiden müssen. Darum sollten die Arbeiterinnen sich mit allen Mitteln für die Aufhebung dieser Ausnahmestrafen gegen die proletarischen Frauen einsetzen.

Eine Verlesungsgeschichte.

Menschengeburt

Der Arzt und die Schamm'; per Chais' und zu Fuß
In das Weibchen in die Gasse
In der kleinen Kammer der Treppen hoch
Sind leuchtend sie beide gekommen
Dann dumpfes Murmeln — Schönen — ein Schrei ...
Ruhe — Der Art war vorüber.
Die Stube roch stark nach Blut und Karbol,
Die Wöchnerin lag im Fieber.
Das Kindchen schrie, der Vater, der karrt
In den nächsten Regenstauer,
Ihn Fenster drückt er die heiße Stirn
Und lächelt den „alten Besauer“.
„Dattor, Schamm' und Spohr",
Die haben mich wohl getroffen!
Ein glücklicher Vater, der Josef ja! —
Kann kann ich mein Glück erkennen.
Die Arbeit, sie fließt, sie wachen den Sohn,
Den Hungerlohn, noch reduzieret,
Da soll ich mein „Glück" noch frohlich bejahen?!
Ich kann es fürwahr nur bekennen!"

Karl Kaiser.

Wie kämpfen wir am besten gegen die Abtreibungsparagrafen?

Die Bewegung gegen die Abtreibungsparagrafen hat schon große Massen von Frauen erfasst, die unterer Bewegung bisher fernblieben. Unsere Agitation ist bis zu ihnen gedrungen, ist auf fruchtbareren Boden gefallen, denn das, was wir ihnen brachten, war nur der Ausdruck ihrer unaussprechlichen Leiden und Mitleid. Viele Frauen, die noch niemals öffentlich zu einer Versammlung erschienen hatten, kamen auf und berichteten von ihrer Verurteilung, von dem ihnen persönlich angetanen Unrecht und haben sich möglich der Laidade gegenübergestellt, daß dieses Leid nicht die Einzelindividuen, sondern das ganze proletarische Volk ist. Sie bezweifelten zum ersten Male, daß die Verurteilung der Behörden wegen verurlichter Abtreibung keine ausgeschlossene Schicksale oder Besesselt darstellt, sondern eine Seite des kapitalistischen Systems, das zum Zweck der Aufrechterhaltung seiner Ausbeutungsherrschaft die Erzeugung von Lohnsklaven nicht durch künstliche Mittel einsparen lassen darf. Aus diesem Grunde besteht der durch die strenge Handhabung der Abtreibungsparagrafen ausgeübte Zwang auf die proletarischen Frauen, Kinder zu gebären, wenn sie auch infolge des immer mehr verengten Lebensmittelfeldes der proletarischen Familien für das Krankenhaus oder zur für den Verdienst gehen werden, und nur zur weiteren Schwächung der proletarischen Frauen führen.

Wie kann die Bourgeoisie gewonnen werden, von der Aufrechterhaltung der Abtreibungsparagrafen Abstand zu nehmen und die Frau über ihren Körper selbst bestimmen zu lassen? Etwas durch unpolitische Vereine, in denen sich die Frauen und Männer aller Stände und aller Berufsrichtungen zusammenfinden und durch die Gewährung von Reichslohn, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und die Behörden, diesem Uebel der kapitalistischen Gesellschaft die Giftschneise auszuweisen? Nein, das ist der ganz verkehrte Weg. Gerade so wie die bürgerliche Gesellschaft zu ihrer Erhaltung und zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiterkräfte der Kapitalgeier, der Arbeiter und der Partei, der Spindel und Proletariate bedarf, gerade so braucht sie die Abtreibungsparagrafen, um zu verhindern, daß die Zahl ihrer Lohnsklaven, ihrer zu Kanonenfutter bestimmten Soldaten, ihrer Polizeisergeanten abnimmt. Der Widerstand gegen die Abtreibungsparagrafen muß sich daher gegen das gesamte kapitalistische System richten, von dem die Abtreibungsparagrafen nur ein charakteristisches Merkmal und ein Beweis seiner überlebten entwicklungsfähigen Vorstufe sind. Der Zweck unserer Propaganda gegen die Abtreibungsparagrafen ist die Erzielung der uns noch fernstehenden proletarischen Frauen, die unter den Auswirkungen dieser barbarischen Klassenjustiz und der kapitalistischen Bevölkerungspolitik zu leiden haben, in die Klassenfront des Proletariats ihrer Herangehung als aktive Mitkämpferinnen gegen die Wurzeln ihres Leides, des kapitalistischen Systems und die vertretende bürgerliche Gesellschaft.

Es ist daher vollkommen verfehlt, wenn Parteigenossen im guten Glauben zu handeln meinen, indem sie einem unpolitischen Bund gegen Abtreibungsparagrafen beitreten, ihn unterstützen, die Gründung neuer Ortsgruppen, die auch die Kommunisten, die Spitze dieser Bewegung stellen, wie es teilweise Arbeitervereine geschieht. Damit hätten sie gerade in den Frauen, die so schwer die politischen Zusammenhänge erkennen, die Aussicht, als ob es öffentliche politischen Kampf gegen das herrschende kapitalistische System einen Weg zur Befreiung der Abtreibungsparagrafen geben würde; als ob durch Befreiung der Abtreibungsparagrafen die Ursachen der Abtreibung (wirtschaftliche Not, Teuerung, Wohnungslosigkeit usw.) beseitigt werden, als ob durch die Gründung eines unpolitischen Bundes vermieden werden könnte, die letzten Konsequenzen zu ziehen, der Notwendigkeit der proletarischen Revolution liegt im Auge zu sehen. Dieser Aussicht, dieser unpolitischen und passivistischen Einstellung, die sich in der Gründung des „Bundes" fundiert, müssen im Gegenteil unsere Genossinnen und Genossen auf das Entschiedenste entgegenzutreten und den proletarischen Frauen zeigen, daß nur die kommunistische Partei ernstlich den politischen Kampf gegen die Abtreibungsparagrafen führt, indem sie das kapitalistische System und die Herrschaft des Bürgermeisters als solche bekämpft. Wenn also die proletarischen Frauen ernstlich gewillt sind, ihrem Leben und von dem ihnen anvertrauten genossen ein Ende zu machen, die Schmach der Schwangerschaft zu beilegen, daß sie in der heutigen Gesellschaft nichts weiter sind als kapitalistische Ausbeutungsmittel und Gebierrinnen, so können sie dies nur wirksam innerhalb der Reihen der Kommu-

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30,- M. Durch die Post monatlich 30,- M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Reichswehrstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Gedruckt 7-5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Erscheinung 12-1 u. 4-5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 M. für die Zeile, einschließlich der Zeilenanfänge. Anzeigen bis vormitags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. - Druckerei: Verlag 1068 43, Fritz Stob, Halle

Einzelpreis 2 Mark

Sonnabend, den 1. Juli 1922



2. Jahrgang, Nr. 151

Aufruf an das republikanische Volk!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien haben gemeinsame Forderungen für ein Gesetz zum Schutze der deutschen Republik und für politische Amnestie aufgestellt. Die Forderungen sind beschränkt auf das Maß, das zur Sicherung der republikanischen Staatseinrichtungen, zum Schutze der Grundrechte des Volkes und der reiflichen Niederschnüpfung der monarchistischen und nationalen politischen Vorgesetzten unbedingt notwendig ist.

Die Massen des Volkes haben am letzten Dienstag ihren Willen bekundet, in dem zur Erreichung dieses Zieles erforderlichen Kampfe ihre ganze Kräfte einzusetzen. Auch die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien sind entschlossen, vor keinem Widerstand zurückzublicken. Sie wissen, was sie angeht, der herrschenden Gefahr der Arbeiterkraft schuldig sind. Das Heuerste soll geschehen, um die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen.

Zu diesem Zwecke rufen wir das gesamte arbeitende Volk und alle eingetragenen und nicht eingetragenen Republikaner im ganzen Reiche hiermit auf,

am Dienstag, den 4. Juli,

wiederum die Arbeit am Nachmittag zu tun zu lassen und in geschlossenen Massen auf Straßen und Plätzen für unsere Forderungen zu demonstrieren.

Die öffentlichen Leitungen der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien haben gemeinsam die nötigen Maßnahmen zur Durchführung dieses zehnjährigen Kampfes des Volkswillens zu treffen. Hierbei sind, um durch eine weitgehende Einheitsfront den Eindruck zu verschärfen, die folgenden Richtlinien zu beachten:

Die Arbeitstage treten überall mit dem Schluß der Vormittagsarbeit, spätestens um 1 Uhr ein. Die Belegschaften der Betriebe gehen in geschlossenem Zuge nach den Demonstrationen. Um 3 Uhr beginnen hier die Ansprachen der örtlich zu bestimmenden Redner. Sie haben die von uns aufgestellten Forderungen an die Regierung und an den Reichstag zu verlesen, eine Abstimmung der Demonstranten über diese Forderungen herbeizuführen.

Unsere Forderungen sind deshalb örtlich vorher in Massenaufgabe drucken zu lassen und bei der Demonstration an jedermann zu verteilen. Ihr Inhalt muß in die weitesten Kreise des Volkes getragen werden.

Nach erfolgter Abstimmung sind die Demonstranten, je nach den örtlichen Verhältnissen und Möglichkeiten, in Marschzügen zu formieren, um an die öffentlichen Versammlungen teilzunehmen. Die Ordnung der Straßenzüge unterliegt den verantwortlichen örtlichen Leitungen. Durch Aufstellung zuverlässiger Ordner in ausreichender Zahl ist die Garantie dafür zu schaffen, daß keine schädlichen Störungen der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs eintreten.

Die Stilllegung der Straßenbahnbetriebe ist auf die Zeit von 1 bis 5 Uhr, die der Eisenbahnen einschließlich Hochbahnen auf die Zeit von 3 bis 3 1/2 Uhr zu beschränken.

In allen Städten sind die zur Wiederaufnahme der Betriebe und in öffentlichem Interesse erforderlichen Notarbeiten auch während der Arbeitsruhe zu verrichten.

Am 6 Uhr abends findet die gemeinsame Demonstration ihr Ende. Die Demonstrationen sind spätestens um 6 Uhr aufzulösen. In Geschäftsbetrieben ist um diese Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen, in Betrieben mit regelmäßiger Nachtschicht zur üblichen Zeit.

Republikaner! Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Wir vertrauen darauf, daß Ihr nicht nur in verfallenen Scharen an dieser wiederholten Kundgebung teilnehmen, sondern durch ernstes und würdiges Auftreten auch ihren Erfolg sichern werdet.

Sollte auch diese neue Demonstration des Volkswillens nicht zum schnellen Ziele führen, so werden wir weitere Maßnahmen folgen lassen.

Berlin, 30. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

Leipart. Grotmann.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund:

Aufhäuser. Stacht.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Wels. Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grün. Dittmann. Leckow.

Kommunistische Partei Deutschlands:

Meier. Koenen.

Es muß durchgegriffen werden!

Wann werden Hindenburg, Ludendorff, Helfferich und Konjunkten verhaftet?

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Eine volle Woche ist seit dem Morde Rathenaus verfloßen. Außer der Ausnahmeverordnung Eberts, der Verhaftung eines Täters und einiger seiner Komplizen ist nichts geschehen. Die wahren Urheber der monarchistischen Verführung, die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse, sind noch alle frei. Was ist mit Ludendorff, was ist mit Hindenburg, mit Helfferich, mit Ebert, mit Kahr? Die Regierung wagt nicht, Hand zu legen an die wahren Verbrecher, an die Führer und Organisatoren der Wöhrzentralen.

Sie müssen sofort verhaftet werden.

Wo bleibt die Amnestie?

Die gesamte Arbeiterkraft fordert sie.

Dreimal hat Minister Rathenau sie versprochen. Die gesamte Arbeiterkraft fordert sie. Aber unternahm von der Weichen Klassenpolitik verurteilten Weiden Rathenau immer noch hinter Zuchthausmauern und Gefängnisgittern? Im Berliner Volkspräsidium werden Kommunisten von Polizeibeamten gefesselt.

Wo bleibt die Freilassung von Max Höp?

In den Weichen, in der Reichswehr, in der Schupo, in den Gerichten, in den Schulen, überall sitzen die Reaktionäre noch in der alten Stellung! Noch sind die Geheimverbände nicht auseinandergefallen, ihre Mitglieder zur Verantwortung gezogen! Mit ganzer Kraft hat man sofort verurteilt, wie einst nach dem Eysenberger-Morde die Ausnahmeverordnung Eberts gegen revolutionäre Arbeiter anzuwenden. In Darmstadt und in Hamburg hat man auf demonstrierende Arbeiter geschossen. Alle Führer und aktiven Mitglieder der Geheimverbände müssen bestraft werden.

Proletariat! Der ADGB und die sozialistischen Parteien zusammen mit der Kommunistischen Partei rufen Euch auf zu erneuten Demonstrationen. Noch einmal gilt es, die Kampfbereitschaft der arbeitenden Massen zu beweisen, noch einmal unsere gewaltige geschlossene Macht der herrschenden Klasse und den schwankenden Reichstagen vor Augen zu führen. Die Demonstrationen am kommenden Dienstag müssen noch geschlossener, noch machtvoller sein als die in der letzten Woche.

Über Demonstrationen genügen nicht! Die Stunde gebietet Handeln!

Achtung!

Auf Grund nebensächlichen Auftrages unserer Zentralinstanzen erläßt die Bezirksorganisation für den Regierungsbezirk Merseburg die Aufforderung, daß in allen Orten, vor allem in Orten mit Gewerkschaftsvereinen, sofort gemeinsam mit den Arbeiterparteien die Demonstrationen durchzuführen sind.

Die Parteien, die Ortsausschüsse und die Ortsstellen des ADGB und Verbände regeln die Rednerfrage.

Gewerkschaften haben zu stellen und sich

zu beteiligen.

Die

des.

Borrmann.

eters.

erdorf.

athensamord

atos

Wesker des Autos,

in Privatbesitz Rüdiger.

Wie jetzt mitgeteilt

Ebene eines in Frei-

zufalls Fabrikanten

ist, man nimmt an,

wurde in Haft ge-

schlossen. Daß das

den, da bei der Frei-

Es bleibt hauptäch-

selben von dem ver-

ten Rüdigermeister, der

deutschen Volkspartei

ge verhaftet, politisch

Der Reichstag zaudert. Die Gesetzentwürfe der Regierung über Amnestie und Schutz der Republik sind noch nicht eingebracht. Anstatt eines Gesetzes gegen die Reaktion ist ein Gesetz angenommen, das dem arbeitenden Volke kein Brot um das Doppelte verteuert.

Die Reichsregierung, diese Regierung werden die Grundrechte der Arbeiterkraft nicht sicherstellen.

Es darf es nicht weitergehen!

In Hessen, in Hamburg, in Halle, in Gotha haben die proletarischen Organisationen bereits Kontrollkomitees geschaffen, um die Bekämpfung der Reaktion aus eigener Kraft voranzutreiben. In Sachsen werden auf jede Hundertschaft Schupo 200 organisierte Arbeiter bewacht. In einzelnen Orten hat die Arbeiterkraft die Befestigung reaktionärer Beamten und Offiziere selbst in die Hand genommen.

Arbeiter, Genossen! Der Weg ist klar! Die proletarischen Organisationen, die dies Berliner Volkswort unterstützen, haben die Pflicht, seine Durchführung zu erzwingen. Proletariat! Denkt an das Bielefelder Abkommen! Denkt an die Versprechungen nach der Ermordung Eysenbergs! Eure Forderungen sind damals auf dem Papier geblieben, die Forderungen der Regierung wurden gebrochen.

Diesmal muß durchgegriffen werden!

Heraus mit den Opfern der Weichen Juli in Reiche und in Bayern!

Sofortige Verhaftung der monarchistischen Führer, der Ludendorff, Hindenburg, Helfferich, Ebert, Kahr!

Sofortige Abhebung der Orgelmeister und monarchistischen Staatsanwälte, die eure Brüder ins Zuchthaus warfen und monarchistische Wöhr freisprachen!

Sofortige Unterdrückung aller reaktionären Verbände und Zeitungen!

Dies sind die ersten Schritte zur Verwirklichung des Berliner Abkommens.

Proletariat, heraus, auf die Straßen. Nur durch eure Kraft kann die Reaktion gebrochen werden.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, (Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Führer der Konventionen im Hamburger Parlament, ist wegen der Zugehörigkeit zur Organisation „Gonja“ verhaftet worden.

Der Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund lieferte die Mordwaffe!

Berlin, 1. Juli. Amlich. Außer noch anderen deutschen Städten haben die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei auch nach Schwerin geführt. Dort sind durch Berliner Beamte der Streifen des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes vom Bezirk Mecklenburg, Erich Wabe, sowie der ebenfalls im Strafverbot des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes angelegte Christian Altmann, ein früherer Seekadett, festgenommen worden. Wabe und Altmann wurden am Tage vor der Mordtat von den Wöhrern, die zu einer angeblichen Probefahrt von Berlin nach Schwerin gefahren waren, bestraft. Bei diesem „Schuß“ hat Altmann den Wöhrern die Maschinenpistole übergeben, die am Tage darauf zur Ermordung des Ministers Rathenau benutzt wurde.

Monarchistische Demonstrationen in München

München, 30. Juni.

Am 28. Juni fand hier eine große Demonstration des Bundes „Oberland“ statt. Die Mitglieder dieser Organisation riefen zu der Kundgebung bewaffnet mit Mauerprojektoren und Gummiknüppeln aus. Zum Schutze der Demonstranten war ein hartes Aufgebot Mann und gewisser Polizei zur Stelle. Die Arbeiter, die sich zu einer Gegenkundgebung zusammenschließen wollten, wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Nach Mitteilung der Münchener „Sozialistischen Wäiter“ hat am letzten Sonntag im Städtchen in Hymphenburg ein Gartenlorenz Kattgenlinden, bei dem ein Hof an den Kronprinzessin Apprecht angebracht wurde.

In Bayern geht also der monarchistische Sturm trotz aller „Schutzbestimmungen“ ruhig weiter. In Bayern dürfen die Monarchisten ungehindert, ja unter dem besonderen Schutze der Polizei ihr Unwesen treiben. Die Arbeiterkraft aber, die es ernst meint mit dem Kampf gegen die Reaktion, wird von der Polizei mit roher Gewalt auseinandergeritten.

Die Reichsregierung denkt gar nicht daran, ihren eigenen Schutzbestimmungen den nötigen Nachdruck zu verleihen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Sie kapitalisiert von vornherein vor den bayrischen Monarchisten.

So wird die Arbeiterkraft von Dreißig-Bayern verhöhnt und von der Reichsregierung genaschert. Wie lange wird sie sich das noch gefallen lassen?

